EdU
Kiel
H

Kiel. Universität. Institut für Weltwirtschaft

Harms, Bernhard

Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft...

4....Ausgabe

Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft

an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Kaiser Wilhelm Stiftung

Vierte, anläßlich der Feier der Grundsteinlegung für das neue Haus des Instituts veranstaltete Ausgabe

Von

Bernhard Harms

o. Professor an der Universität Kiel und Direktor des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft, Kaiser Wilhelm Stiftung

Kiel, den 9. Februar 1918.

EdU
Kiel
H

Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft

an der

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Kaiser Wilhelm Stiftung

Vierte, anläßlich der Feier der Grundsteinlegung
für das neue Haus des Instituts veranstaltete Ausgabe

Von

Bernhard Harms

o. Professor an der Universität Kiel und Direktor des
Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft
Kaiser Wilhelm Stiftung

566837
24.7.53

Kiel, den 9. Februar 1918

Inhalt.

Seite

I. Allgemeines und Grundſätzliches 1

II. Die Tätigkeit des Inſtituts für Seeverkehr und Weltwirtſchaft 13

Vorbemerkungen 13

1. Die wiſſenſchaftliche Forſchung 16

2. Die Lehrtätigkeit 21

3. Die Befruchtung der wirtſchaftlichen Praxis 31

III. Die Finanzgebarung des Inſtituts und die Geſellſchaft zur Förderung des Inſtituts für Seeverkehr und Weltwirtſchaft 40

IV. Das neue Haus 54

Anlagen 65

1. Grundſatzung des Königlichen Inſtituts für Seeverkehr und Weltwirtſchaft 67

2. Satzung der Geſellſchaft zur Förderung des Inſtituts für Seeverkehr und Weltwirtſchaft an der Univerſität Kiel (E. V.) 71

3. Satzung des Seerechtlichen Seminars an der Königl. Chriſtian-Albrechts-Univerſität zu Kiel 77

4. Die Veröffentlichungen des Inſtituts für Seeverkehr und Weltwirtſchaft 79

5. Literatur über das Inſtitut für Seeverkehr und Weltwirtſchaft 86

I.

Allgemeines und Grundſätzliches.

Das Inſtitut für Seeverkehr und Weltwirtſchaft iſt aus der im Jahre 1911 gegründeten weltwirtſchaftlichen Abteilung des Staatswiſſenſchaftlichen Seminars an der Univerſität Kiel hervorgegangen. Seine heutige Form hat es aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaiſers erhalten. In der vom Miniſter der geiſtlichen und Unterrichtsangelegenheiten erlaſſenen Grundſatzung des Inſtituts werden deſſen Aufgaben wie folgt umſchrieben:

A. Als Forſchungsinſtitut hat es die wiſſenſchaftliche Erforſchung der weltwirtſchaftlichen Beziehungen in ihrem geſamten Umfange zu pflegen und zu fördern. Hierbei hat es ſich in enger Fühlung mit der weltwirtſchaftlichen Praxis zu halten, um ſowohl für ſeine eigene Tätigkeit die nötigen Vorausſetzungen zu ſchaffen, als auch auf die Praxis befruchtend einzuwirken.

B. Als Lehranſtalt hat es die Aufgabe, die Studierenden und Hörer der Univerſität Kiel durch ſeminariſtiſche Übungen in das Studium der Weltwirtſchaftslehre einzuführen und ſie gegebenenfalls für die weltwirtſchaftliche Praxis vorzubereiten ſowie zu wiſſenſchaftlichen Spezialſtudien anzuleiten.

Durch weitere Erlaſſe des Herrn Miniſters iſt dem Inſtitut ſpäterhin ein ſelbſtändiges Seerechtliches Seminar angegliedert worden, dem inſonderheit die Pflege des den Seeverkehr beherrſchenden Privatrechts, vor allem des Seehandelrechts, obliegt. Dies Seminar ſteht unter Leitung des Profeſſors Dr. Pappenheim. Zu gleicher Zeit iſt in Kiel, wenn auch nicht in organiſcher Verbindung mit dem Inſtitut, ein Inſtitut für Internationales Recht ins Leben gerufen worden, das zum Leiter Profeſſor Dr. Niemeyer hat. Es iſt ſomit in Kiel eine Zentralſtelle für die

gesamte internationale wirtschaftswissenschaftliche bzw. völkerrechtliche Forschung geschaffen worden.

Die Bestimmungen über den Aufgabenkreis des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft lassen als grundsätzlich wichtig vor allem die Tatsache erkennen, daß mit ihm ein Forschungs- und Lehrinstitut errichtet ist, das sich in beiderlei Gestalt in enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Praxis halten soll. Dies sei aus besonderen Gründen ausdrücklich betont und zugleich in seiner prinzipiellen Bedeutung eingehend dargelegt. Ein historischer Rückblick möge dazu die Einleitung geben.

Als im Jahre 1807 in Preußen die Begründung einer neuen Universität betrieben wurde, die ihren Sitz in Berlin haben sollte, dachte zunächst niemand an eine Universität herkömmlichen Stils. Es bestand vielmehr die Absicht, eine Anstalt eigenster Art ins Leben zu rufen, die mehr, als die alten Universitäten es zu tun vermocht hatten, den Aufgaben der neuen Zeit sich anzupassen verstünde und — vor allem — dem Staat das Beamtenmaterial heranbildete, dessen er zur Reorganisation seines Staatslebens bedurfte. Wie diese Universität im einzelnen organisiert werden sollte, darüber gingen die Meinungen allerdings erheblich auseinander. In allen damals erstatteten Gutachten (Schmalz, Hufeland, Fichte, Schleiermacher) kam aber die Überzeugung von der Notwendigkeit des Beschreitens neuer Wege ungewöhnlich stark zum Ausdruck. Im besonderen gilt dies für Fichte, der in seinem „deduzierten Plan einer zu Berlin zu errichtenden höheren Lehranstalt, die in gehöriger Verbindung mit einer Akademie der Wissenschaften steht", ein umfassendes Projekt entwickelte, das vom Charakter der alten Universitäten nicht viel übrig ließ.[1])

Das Fichtesche Gutachten ist auch heute noch in mehr als einer Beziehung von Bedeutung, denn unter den zahlreichen kulturellen Reformbestrebungen, die in den letzten Jahrzehnten die gebildeten Schichten des deutschen Volkes bewegten, steht die „Universitätsfrage" immer noch mit an erster Stelle, und die damals von Fichte gerügten Mängel des altüberlieferten Lehrbetriebes treten heute sogar schärfer in die Erscheinung als früher. Insonderheit könnten die folgenden Ausführungen des Fichteschen Gutachtens ebensogut für die Gegenwart geschrieben sein.

[1]) Vgl. hierüber Alois Riehl, Fichtes Universitätsplan. (Akademische Rundschau, Jahrgang 1913/14, 7. Heft, S. 386 ff.) Ferner meinen Aufsatz „Weltwirtschaftliche Forschung und Lehre" im Weltwirtschaftlichen Archiv, 4. Band, S. 1 ff., 1914.

Fichte hebt nämlich hervor, daß die Hochschulen in allem wesentlichen zu sehr an der Lehrweise der mittelalterlichen Universitäten festhielten: an der mündlichen Überlieferung des Wissensstoffes. Was aber im Mittelalter ein Notbehelf war, der Ersatz der nicht vorhandenen oder doch seltenen Bücher, habe seinen Sinn verloren, nachdem die Not längst aufgehoben und ein Überfluß von Büchern vorhanden sei. Dennoch aber halte man sich immer noch für verbunden, durch die Universitäten dieses gesamte „Buchwesen" der Welt noch einmal zu ersetzen, und was schon gedruckt vor jedermanns Auge liege, durch Professoren repetieren zu lassen. Dem gedruckten Buchwesen stelle man so noch ein redendes an die Seite. Eine solche Wiederholung eben desselben in zwei Formen sei aber nicht bloß überflüssig, sie sei in ihren Folgen sogar schädlich. Die Trägheit werde dadurch verleitet, mit Berufung auf das Buch die Vorlesungen zu versäumen, mit Berufung auf die Vorlesung das Studium der Bücher zu vernachlässigen — und gar nichts zu lernen. Von den beiden Mitteln der Belehrung sei das Studium der Bücher sogar das vorzüglichste. Das Buch hält stand, die Rede fließt fort, ohne daß es dem Hörer möglich ist, in ihren Fluß einzugreifen. Dieses passive Hingeben, als Regel eingeführt, unterdrücke den Trieb der eigenen Tätigkeit und verderbe so auch noch für den Gebrauch des besseren Mittels — eben der Bücher. Wohl hätten die neueren Universitäten mehr oder weniger noch ein anderes Prinzip verfolgt: statt der Wiederholung der wissenschaftlichen Literatur, ihre Verbesserung. Selbsttätige Geister, unbefriedigt durch den Stand des Wissens auf ihrem Gebiete, suchen sich durch Vorträge selbst zur Klarheit durchzuringen oder Schüler zu hinterlassen, die imstande sind, ihr Werk fortzusetzen oder zu übertreffen. Aber auch dieses Prinzip, dessen allgemeinere Befolgung nicht zu verbürgen sei, führe über den Bereich der Literatur nicht hinaus. — Was die Universität ihrer wahren Bestimmung nach sein soll, ergebe sich, *wenn man die Beziehung der Wissenschaft auf das wirkliche Leben betrachte*. Man lernt, um das Erlernte in Werke zu verwandeln, es nicht bloß zu wiederholen, sondern etwas anderes daraus und damit zu schaffen. Letzter Zweck ist demnach auch hier nicht das Wissen, vielmehr die Kunst, das Wissen zu gebrauchen. Diese Kunst aber macht sich nicht von selber. Ihre Regeln wollen erkannt und geübt sein. Die beständigen Weisen, nach denen der Verstand verfährt, um etwas aufzufassen, müssen selbst wieder aufgefaßt und zu klarem Bewußtsein erhoben werden. Eine Anstalt, in der mit Besonnenheit und nach allen Regeln dieses Bewußtsein entwickelt

und die dabei beabsichtigte Kunst geübt würde, wäre „eine Schule der Kunst des wissenschaftlichen Verstandesgebrauches".[1])

Es spricht für die Macht überkommener Verhältnisse und Anschauungen, daß der geistige Organisator der Berliner Universität, Wilhelm von Humboldt, über dieses Gutachten wie über alle anderen hinwegging und eine Anstalt ins Leben rief, die zwar durch die an ihr wirkenden Gelehrten eine Sonderstellung einnehmen sollte, im übrigen aber vom Hergebrachten nicht um Haaresbreite abwich. Berlin erhielt eine Universität, wie andere Staaten und Städte sie seit Jahrhunderten hatten.

Wenn ich behaupte, daß die Kritik Fichtes im wesentlichen noch heute berechtigt ist, so soll damit nicht geleugnet werden, daß sich im Laufe des 19. Jahrhunderts manches geändert und gebessert hat. Hervorgehoben werden soll nur, daß in bezug auf hochschulpädagogische Methoden zum mindesten die Geisteswissenschaften an deutschen Universitäten noch ungewöhnlich stark unter dem Einfluß wohlkonservierter Überlieferungen vergangener Zeiten stehen. Für die Naturwissenschaften galt die Fichtesche Kritik schon damals nicht, denn in dem Augenblick, da von ihnen die Brücke zur technischen Praxis geschlagen wurde, bedurften sie des aus dem Rahmen alles Herkömmlichen so gänzlich herausfallenden „Laboratoriums", das im Laufe des 19. Jahrhunderts zu glänzend ausgestatteten „Instituten" hinführte. Diese naturwissenschaftlichen Institute sind allmählich der Kristallisationspunkt einer völlig neuen Entwicklung im Universitätsbetriebe geworden; sie haben zu einer Ausbildung der Methoden wissenschaftlicher Forschung und Lehre geführt, die den von ihnen umfaßten Teil der Universitäten innerlich und äußerlich von dem Herrschaftsgebiet der Geisteswissenschaften abheben.

Selbstverständlich soll die Betonung solcher Tatsache nicht die Auffassung zum Ausdruck bringen, daß die in den naturwissenschaftlichen Disziplinen heute üblichen Methoden nun einfach auf die Geisteswissenschaften übertragen werden könnten und müßten, und damit das Problem gelöst wäre. So einfach liegen die Dinge nicht. Wohl aber ist scharf zu betonen, daß die Geisteswissenschaften es im Gegensatz zu den Naturwissenschaften nicht verstanden haben, in ihren Forschungs- und (vor allem) Lehrmethoden sich den Anforderungen einer gänzlich veränderten Zeit anzupassen. Dabei mag freilich die Frage, ob die Schuld hieran allein bei den Vertretern der Geisteswissenschaften liegt, zunächst unerörtert bleiben. Tat-

[1]) Zitiert nach Riehl, a. a. O. S. 391.

sache ist jedenfalls, daß das „Seminar", die Parallele der naturwissenschaftlichen Institute, auf geisteswissenschaftlichem Gebiet sich in seiner inneren und äußeren Entwicklung im großen und ganzen recht kümmerlich entwickelt hat. Der Weg zum „Institut" ist ihm überwiegend verschlossen geblieben. Und doch ist nicht zu bestreiten, daß bestimmte Geisteswissenschaften in Forschung und Lehre mehr und mehr an Voraussetzungen gebunden sind, die denjenigen naturwissenschaftlicher Forschung nicht fernstehen. Vornehmlich gilt dies für die Wirtschaftswissenschaften. Innerhalb ihres akademischen Wirkungsbereichs ist seit mehreren Jahrzehnten neben die Vorlesungen das sog. „Staatswissenschaftliche Seminar" getreten. Eines wie geringen Spielraums sich dieses erfreut, zeigt ein Blick in den preußischen Haushaltsetat. Bei der Einweihung des „Instituts für ostdeutsche Wirtschaft" hat der damalige Oberpräsident von Ostpreußen, spätere Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, das Folgende ausgeführt:

„Ich habe eine Zusammenstellung der Aufwendungen zu den sächlichen Ausgaben, also den Ausgaben ausschließlich Gehälter und anderen persönlichen Ausgaben, für die preußischen Universitäten im Jahre 1913 zur Hand; danach betrugen diese Aufwendungen an den zehn Hochschulen:

für Chemie und Physik	456 000 *M*
„ Paläontologie und Mineralogie	120 000 „
„ Zoologie und Botanik	570 000 „
„ die gesamten Staatswissenschaften aber nur . . .	7 600 „

also für jede Hochschule durchschnittlich 760 *M* und für Königsberg 300 *M* jährlich. Während dem Zoologen große Mittel für Sammlungen, Forschungsarbeiten, Hilfskräfte und andere sächliche Ausgaben zur Verfügung stehen, muß der Volkswirtschaftslehrer, wenn er nicht seine Forschung auf Bücher und Listen beschränken will, aus der eigenen Tasche zahlen. Das Tatsachenmaterial, das ihm zur Verfügung steht, stellen im wesentlichen die verschiedenen Berufsvertretungen auf ihre Kosten, und demgemäß auch mehr oder weniger für ihre besonderen Berufszwecke zugeschnitten, zusammen. Hilfskräfte für die bei jeder tieferen Forschungstätigkeit unerläßliche Kleinarbeit muß der Volkswirtschaftslehrer gleichfalls aus seiner Tasche bezahlen. Um einen Mammutsknochen oder einen Polarfuchs für die zoologische Sammlung zu beschaffen, der wir ihn alle gewiß von Herzen gönnen, gibt der Staat erhebliche Mittel her, für die gesamten sächlichen Forschungskosten der Volkswirtschaftslehre in Königsberg dagegen monatlich nur 25 *M*."

Diesen sarkastischen Worten, die durchaus ins Schwarze treffen und ebenso auf fast alle anderen deutschen Universitäten hätten bezogen werden können, braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Wenn es noch des Beweises bedurft hätte, daß diese Zustände sich letzten Endes auch am Staatswesen schwer rächen mußten, der Krieg hat ihn deutlich erbracht. Daß Deutschland seinen Gegnern kriegstechnisch gewachsen ist, verdankt es vor allem der seit vielen Jahrzehnten planmäßig betriebenen Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnis auf die Technik. Die Institute der Universitäten und Technischen Hochschulen haben sich hier unvergängliche Verdienste erworben. Weniger erfolgreich ist das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege. Erst als dieser im vollen Gange war, begann das Experimentieren, und zwar ein Experimentieren, das an Unsicherheit und Planlosigkeit nicht gut überboten werden konnte. Es zeigte sich, daß an zahlreichen verantwortlichen Stellen selbst die elementarsten Kenntnisse vom Wesen des volks- und weltwirtschaftlichen Prozesses fehlten. Nur ganz allmählich, nachdem nicht wieder gut zu machender Schaden angerichtet war, gelang es, empirisch das zu schaffen, was mit etwas mehr Sachkunde in allem grundsätzlich Wichtigen von vornherein hätte geleistet werden können. Gründliche wirtschaftswissenschaftliche Schulung der deutschen Beamten hätte der Kriegswirtschaft viele Fehlgriffe ersparen können.

Dies alles würde im gegenwärtigen Augenblick gewiß unausgesprochen bleiben, wenn es nicht darauf ankäme, aus den Fehlern der Vergangenheit die Lehren zu ziehen. Es gilt eine Reform des wirtschaftswissenschaftlichen Betriebes in Forschung und Lehre von Grund auf. Nur wenn sie erzielt wird, ist die Hoffnung begründet, daß die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges überwunden werden und die öffentlich-rechtlichen Verbände, voran der Staat, den ihrer harrenden großen Aufgaben gewachsen sind.

Die Wirtschaftswissenschaften umfassen viele Gebiete. Im Universitätsbetrieb spiegelt sich diese Tatsache freilich nur undeutlich wider, denn die in fast allen anderen Zweigen der Wissenschaft stark hervorgetretene Spezialisierung im Lehr- und Forschungswesen ist in der zünftigen „Nationalökonomie" kaum zu spüren. Der Vertreter der „wirtschaftlichen Staatswissenschaften" ist ein wahres Mädchen für alles. Nicht nur, daß er in der sog. „Theoretischen Nationalökonomie" zu Hause sein soll, auch in allen Zweigen der „Praktischen Nationalökonomie" hat er sich so auszukennen, daß er darüber Vorlesungen halten kann. Selbst das große

Gebiet der Finanzwissenschaft, das allein eine Kraft erfordert, soll er „nebenbei" meistern und vortragen. Das sind auf die Dauer unhaltbare Zustände. Wie in allen Wissenschaften, so muß auch in den Wirtschaftswissenschaften eine planmäßige Spezialisierung stattfinden; Hand in Hand damit ist eine gleiche Spezialisierung im Seminarwesen anzustreben, und dort, wo es nötig ist, der Weg zum „Institut" entschlossen einzuschlagen.

Unter den heutigen, vor allem den jüngeren Vertretern der Wirtschaftswissenschaften gibt es im Hinblick hierauf kaum noch zweifache Meinung. So sehr sie einhellig wünschen, daß nicht der Spezialistentyp im üblen Sinne sich durchsetze, so sehr fordern sie, daß für produktives Schaffen in Forschung und Lehre der Rahmen begrenzt werde. Die Hindernisse liegen heute so gut wie ausschließlich bei den Regierungen, vor allem den Finanzministern, die sich scheuen, die Mittel für den vermehrten Personal- und Sachbedarf bereitzustellen und nichts mehr fürchten, als daß die Geisteswissenschaften die „kostspielige" Entwicklung der Naturwissenschaften gehen möchten. In den Parlamenten sind die Widerstände in der Regel erheblich geringer, denn hier hat man für die Produktivität solcher Ausgaben meist größeres Verständnis.

Es steht zu fürchten, daß nach dem Kriege die Zurückhaltung der Finanzverwaltungen noch größer sein wird, weil Sparsamkeit dann erst recht geboten ist. Und doch wäre dies gerade auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaften ein verhängnisvoller Fehler, was nicht näher begründet zu werden braucht. Die schon erwähnten großen Aufgaben, deren Lösung nach dem Kriege gelingen muß, erfordern ein Beamtentum, wie es Staat und Gemeinde niemals zuvor nötig gehabt haben. Auch die Unternehmungen in Industrie, Landwirtschaft und Handel sowie deren halböffentliche und private Organisationen sind auf hervorragende Mitarbeiter angewiesen, die mit bloß empirischer Ausbildung den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr gewachsen sind. Jegliche übertriebene Sparsamkeit, die sich bei der Heranbildung des für diese Wirkungskreise benötigten Nachwuchses bekundet, führt zu Minderleistungen und Einbußen, die zu etwaigen höheren Etatpositionen schlechterdings in keinem Verhältnis stehen.

Fortbildung und Differenzierung des wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulbetriebes in Forschung und Lehre ist eine unabweisbare Forderung.

Nicht minder wichtig ist jedoch eine andere Forderung: daß nämlich die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaften sich *in enger Fühlung mit der Praxis* vollziehe. Hierüber ist prinzipiell das Folgende zu sagen: [1])

Die „Beziehungen zwischen Theorie und Praxis" sind in der Wirtschaftswissenschaft von jeher ein Problem gewesen, dessen Bedeutung freilich früher nicht mit der Schärfe erkannt worden ist wie heute. *Man darf wohl behaupten, daß die wirtschaftspolitische Zielsetzung von Anfang an eine Begleiterscheinung unserer Wissenschaft gewesen ist.* Nicht als ob sie den Ausgangspunkt sozialökonomischer Forschung gebildet hätte! Als Folgeerscheinung stellte sie sich aber fast regelmäßig dann ein, wenn der Gelehrte erkannte, daß das Sozial- und Wirtschaftsleben nicht so war, wie er es, unter irgendeinem Gesichtswinkel, für wünschenswert hielt. Hierbei wurde fast immer die Auffassung vertreten, daß wissenschaftliche Einsicht zu jenen Forderungen zwinge und diese selbst demnach im Namen der Wissenschaft erhoben werden könnten. „Unwissenschaftlich" waren dann diejenigen, welche solche Forderungen ablehnten. In Wirklichkeit war der Zusammenhang aber in der Regel ein ganz anderer. Zu allen Zeiten ist nämlich diese zu politischer Zielsetzung führende sog. wissenschaftliche Erkenntnis durch *Anschauungen* stark mitbedingt gewesen. So stand die klassische Sozialökonomik unter dem Einfluß naturrechtlicher Ideen, die grundsätzlich das auf sich gestellte Individuum in den Mittelpunkt rückten. Selbstverständlich soll nicht geleugnet werden, daß in jener Zeit auch exakt wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen zur Überzeugung von der Unhaltbarkeit der überkommenen Gebundenheit führen konnten. Ebenso gewiß ist es aber, daß die auf die künftige Gestaltung der Dinge gerichteten Vorschläge von den aus der Naturrechtsphilosophie geborenen *Anschauungen* beeinflußt waren. Insonderheit gilt dies für die universalökonomische Zielsetzung, die in der klassischen Wirtschaftslehre zum Ausdruck kommt.

Die Ideen der Naturrechtsphilosophie haben in der Sozialökonomik bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts fortgewirkt und machen sich — zumal in England — noch heute geltend. Eine starke Gegenströmung fanden sie auf dem Kontinent etwa von den vierziger Jahren ab durch das

[1]) Vgl. Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian Albrechts Universität zu Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung. Festschrift anläßlich der Eröffnungsfeier am 20. Februar 1914. Jena 1914.

ihrem Wesen in erheblichem Maße konträre Nationalitätsprinzip, das, obwohl in Anschauungen fußend, auch auf die Wirtschaftswissenschaft übergriff und deren Zielsetzung beeinflußte. Das Verlangen nach „nationaler Wirtschaftspolitik" z. B. ist fast niemals rein ökonomisch, sondern daneben aus Anschauungen heraus begründet worden, die mit Wirtschaftswissenschaft nicht das mindeste zu tun hatten. Das gleiche galt später und gilt bis auf den heutigen Tag für das „imperialistische" Zielstreben der großen Staaten — so sehr etliche unter den Gelehrten aller Länder sich bemühten, es „rein wissenschaftlich zu begründen".

Auch der Sozialismus, der als die ausgesprochenste Reaktion gegen den aus der Naturrechtsphilosophie praktisch abgeleiteten Individualismus in die Erscheinung trat, ist, selbst in seiner „wissenschaftlichen" Form (trotz Marx), zu erheblichem Teile ein Produkt von Anschauungen.

In denjenigen Staaten, in denen die nationale Frage gelöst war, traten später als Triebkräfte politischer Zielsetzung die materiellen Interessen stark in den Vordergrund, eine Entwicklung, die parallel mit dem Siegeszuge des Konstitutionalismus und des Parlamentarismus gegangen ist.

Die Wirtschaftswissenschaft geriet seitdem in eine unerquickliche Lage. Vom Standpunkte des materiellen Interesses bestimmter Stände und Schichten zu politischer Zielsetzung zu kommen, widerstand ihr selbstverständlich. Die alten idealistischen Anschauungen aber verblaßten — was lag deshalb näher, als sich neuen ideellen Ausgangspunkten zuzuwenden? In der Sozialethik waren sie alsbald gefunden. Die Postulate der „Humanität, Gerechtigkeit und Sittlichkeit" (Schönberg) wurden als Ergebnisse „wissenschaftlicher" Forschung formuliert und propagiert.

Kurzum: immer haben in der Wirtschaftswissenschaft Forschung und Anschauung, Lehre und politische Zielsetzung nahe beieinander gestanden. Nicht zum Besten der Wissenschaft, denn deren autoritative Stellung ist dadurch gründlich verlorengegangen. Man gewöhnte sich daran, die Professoren der Sozialwirtschaftslehre zugleich als Politiker anzusehen und akzeptierte sie als Gelehrte nur dort, wo die Berechtigung ihrer politischen Forderungen anerkannt wurde. Ja, es kam so weit, daß jede wirtschafts- und sozialpolitische Richtung sich gewissermaßen auf ihre eigenen Professoren berufen konnte, weil von diesen die Richtigkeit irgendwelcher wirtschaftspolitischer Forderungen „wissenschaftlich" nachgewiesen war.

Der allerjüngsten Zeit ist es vorbehalten geblieben, diesem Zustand energisch den Kampf anzusagen. Die jüngeren unter den Sozialökonomen

vertreten mit aller Schärfe den Standpunkt, daß in der Wirtschaftswissenschaft die Forschung von der Anschauung getrennt werden muß. Und eben deshalb verwerfen sie jede politische Zielsetzung als angebliche Folgerung wissenschaftlicher Erkenntnis. Sie vertreten die Auffassung, daß es keine wissenschaftliche Methode gibt, mittels welcher allgemein gültige Direktiven für die Wirtschaftspolitik aufgestellt werden können, und daß deshalb politische Zielsetzung nicht das Ergebnis wissenschaftlicher Erkenntnis ist, sondern durch Anschauungen und Interessen bedingt wird, die mit Wissenschaft wenig oder gar nichts gemein haben. Diejenigen, welche auf solchem Standpunkt stehen, erheben — unter voller Wahrung und Anerkennung ihrer Rechte und Pflichten als Staatsbürger — nicht mehr den Anspruch, als Gelehrte berufen zu sein, für die praktische Politik zum Wegweiser zu werden. Sie lehnen es aber anderseits auch ab, für irgendwelche wirtschafts- oder sozialpolitische Forderungen in ihrer Eigenschaft als Gelehrte zu Kronzeugen erhoben oder besser zu Dienstmannen erniedrigt zu werden. Sie leben der Forschung um dieser selbst willen und begrenzen ihre wissenschaftliche Tätigkeit auf die Feststellung von Tatsachen und Tatsachenverbindungen, auf Analyse und Kausalforschung. Auch sind sie bemüht, die gleichen Grenzen für ihre Lehrtätigkeit einzuhalten und darauf zu verzichten, ihre Hörer politisch in irgendwelcher Beziehung zu beeinflussen.

Ist damit nun das alte Ideal des Zusammenarbeitens von Theorie und Praxis zerstört? Durchaus nicht. Es hat im Gegenteil erst jetzt die Voraussetzung seiner Verwirklichung gefunden. Um dies zu erhärten, bedarf es nicht vieler Worte.

Ich habe schon in dem Einführungsartikel zu dem von mir begründeten „Weltwirtschaftlichen Archiv" (Bd. 1, S. 20 ff.) darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftspolitik als solche nicht außerhalb des Wirkungsbereiches sozialökonomischer Forschung steht. Die Beziehungen können aber einwandfrei nur so umschrieben werden, daß der Sozialwirtschaftslehre gegenüber praktischen Maßnahmen vor allem die Aufgabe zufällt, die Kenntnis der Tatsachen und Tatsachenzusammenhänge zu vermitteln, die durch die Politik beeinflußt werden sollen. Das ist in der Tat eine bedeutsame Aufgabe, deren befriedigende Lösung geradezu Voraussetzung für eine zweckentsprechende praktische Politik ist. An einigen Beispielen aus dem Gebiete der äußeren Wirtschafts- und der Weltwirtschaftspolitik sei dies näher dargelegt. Wie ist es möglich, die Handelsbeziehungen zu einer anderen Volkswirtschaft autonom oder auf dem Wege des Vertrags im

Interesse der Einzelwirtschaften des eigenen Gebiets zu regeln, wenn nicht vorher schärfste Klarheit über Art, Richtung und Intensität dieser Beziehungen besteht. Sie zu schaffen, ist Aufgabe der Sozialökonomik. Dasselbe gilt für die eigentliche Weltwirtschaftspolitik. Internationale Abmachungen über Post und Telegraphie, Schiffahrts- und Eisenbahnverkehr, Patent- und Urheberrecht, Arbeiterschutz und Sozialversicherung, Regelung des Maß-, Münz- und Gewichtswesens, des Zahlungsverkehrs usw. sind ohne vorherige exakte Untersuchungen über die zu beeinflussenden Tatsachen und deren Zusammenhänge undenkbar. Auch hier hat deshalb die Sozialökonomik, neben der internationalen Rechtslehre, ein Arbeitsgebiet, auf dem sie unentbehrlich ist. Sie soll bei derlei Untersuchungen aber nicht von Wünschen und Neigungen, von Anschauungen und Ideen sich leiten lassen, sondern rein verstandesmäßig, gleich dem Chemiker, der die Analyse eines Stoffes vornimmt, das aufdecken und zeigen, was *ist*. Faßt der Sozialökonom seine Aufgabe so auf und verzichtet er auf allgemeine, in seiner politischen oder ethischen Überzeugung wurzelnde Räsonnements, so stellt er zwischen der Wirtschaftspolitik und sich die einzige Beziehung her, die vom Standpunkt exakter Wissenschaft möglich ist. Innerhalb der so gezogenen Grenzen leistet die Sozialwirtschaftslehre aber auch für die Wirtschaftspolitik selbst Bedeutsameres, als wenn sie — unter Verzicht auf die ihr zustehende Beachtung in allen Lagern — bestimmten Anschauungen, etwa jenen, welchen der Gelehrte als Staatsbürger zuneigt, Dienste leistet.

Doch auch die positive Befruchtung der *Privatwirtschaft* liegt nicht außerhalb des Aufgabenkreises einer so umgrenzten Sozialökonomik. Zum Beweise hierfür sei auf jene Privatwirtschaften der Blick gelenkt, die der Tätigkeit in Kiel besonders nahestehen: die Unternehmungen, die zum Weltmarkt Beziehungen unterhalten. Im Grunde liegen die Verhältnisse hier nicht anders als auf dem Gebiete der Weltwirtschaftspolitik. Jede Unternehmertätigkeit bedarf, bevor die Aktivität ihres Handelns einsetzt, sorgsamer Abwägung aller auf den wirtschaftlichen Erfolg einwirkenden Faktoren. In bezug auf den Weltmarkt erweist sich solche Aufgabe zumeist als ungemein schwierig, denn ihre befriedigende Lösung setzt Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse fremder Länder und der jeweiligen Marktlage voraus, erfordert Einblick in die sozialen und ökonomischen Entwicklungstendenzen und bedingt Vertrautsein mit den weitverzweigten internationalen wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen. Der praktische Blick des Kaufmanns, der zu intuitivem Handeln

führt, soll gewiß nicht unterschätzt werden — er allein tut's aber heute nicht mehr. Der Sozialwirtschaftslehre fällt hier deshalb die Aufgabe zu, solche Kenntnisse an ihrem Teile zu vermitteln, wie sie anderseits aus der Praxis Anregung und Belehrung zu schöpfen hat, um so Verständnis zu gewinnen für das, was im praktischen Leben wichtig ist.

Im Zusammenhang mit diesem letzten Gesichtspunkt sei noch auf das Folgende hingewiesen. Die Wirtschaftswissenschaft hat es mit eminent realen Dingen zu tun. Die Beobachtung von Tatsachen und Tatsachenverbindungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist ohne engste Fühlungnahme mit eben diesem praktischen Leben nicht möglich. Solche Fühlungnahme aber wird vom Standpunkt einer wissenschaftlichen Grundauffassung, wie sie hier vertreten wird, deshalb erleichtert, weil die Praktiker einem Gelehrten, der Wissenschaft und Politik nicht zu trennen vermag, naturgemäß mit Mißtrauen begegnen müssen, und demgemäß im Hinblick auf die Bereitstellung wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsmaterials zu vorsichtiger Zurückhaltung Ursache haben. Ein Gelehrter hingegen, der sich auf sein eigentliches Gebiet beschränkt, wird in der Praxis größeres Entgegenkommen finden und damit in der Erforschung der Dinge, die um uns sind, erfolgreicher sein. Die Erfahrung lehrt, daß die Männer des praktischen Lebens vielfach erst durch die geschilderten Zustände in den Wirtschaftswissenschaften mißtrauisch geworden sind, sich im übrigen aber — Ausnahmen wird es freilich immer geben — exakt wirtschaftswissenschaftlicher Erforschung, die von politischer Zielsetzung abstrahiert, gern zur Verfügung stellen. Sofern nun in exakter Forschung die eigentliche Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft erblickt wird, muß in *solchem* Zusammenarbeiten von Theorie und Praxis doch wohl das Ideal erkannt werden. —

Diese Ausführungen waren nötig, um einerseits die grundsätzliche Bedeutung der Errichtung des Kieler Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft als Forschungs- und Lehrinstitut in das wahre Licht zu rücken, und anderseits die von ihm erstrebte „enge Fühlung mit der weltwirtschaftlichen Praxis" vor Mißdeutung und Verkennung zu schützen. Zugleich aber sollten diese Ausführungen das Verständnis fördern für die nun zu schildernde Tätigkeit.

II.

Die Tätigkeit des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Vorbemerkungen.

Das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft ist ein Spezialinstitut. Es dient der wissenschaftlichen Erforschung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in ihrem gesamten Umfange. Als Lehranstalt hat es seine Mitglieder in das Studium der Weltwirtschaftslehre einzuführen und sie gegebenenfalls für die weltwirtschaftliche Praxis vorzubereiten sowie zu wissenschaftlichen Spezialstudien anzuleiten.

Bei der Errichtung des Instituts mochte es nötig sein, die Dringlichkeit dieser Aufgaben zu beweisen — heute nicht mehr. Es besteht vielmehr das Wort des ehemaligen preußischen Kultusministers von Trott zu Solz, während dessen Amtszeit das Institut ins Leben gerufen wurde, zu Recht, daß nämlich das Institut, wenn es vor dem Kriege nicht schon vorhanden gewesen wäre, im Kriege hätte gegründet werden müssen. Das Wesen und die Bedeutung weltwirtschaftlicher Beziehungen ist kaum jemals einem Volk so klar vor Augen geführt worden wie dem deutschen im jetzigen Kriege. Laien und Gelehrte waren vor dem Kriege gern geneigt, von der Weltwirtschaft als von Exportbeziehungen zu reden und Berechnungen darüber anzustellen, welche Produktionsquote der einzelnen Volkswirtschaften ins Ausland ging und wie groß demgemäß das „weltwirtschaftliche Interesse" dieses oder jenes Staates sei. Für Deutschland ist sogar ausgerechnet worden, daß die Exportquote sich in rückläufiger Bewegung befinde und demzufolge den „Außenhandelsbeziehungen" kleiner werdende Bedeutung zukomme.

Diesen Theorien hat der Krieg den Boden entzogen. Heute spürt in Deutschland jedermann den Hauch der Weltwirtschaft — wenngleich bedauerlicherweise in negativem Sinne. Gerade die Abhängigkeit

der deutschen Volkswirtschaft in fast allen ihren Zweigen, wie der Krieg sie dokumentiert hat, ist für viele eine verblüffende Überraschung gewesen. Die tausendfältige Verästelung der Beziehungen des deutschen Wirtschaftslebens zum Ausland hätte kein Theoretiker so aufdecken können, wie die englische Blockadepolitik es getan hat. Die Wirkungen des Handelskrieges haben außerdem gezeigt, ein wie lohnendes Objekt das deutsche Vermögen im Auslande ist. Zwangsverwaltung und Liquidationen von Firmen, Entziehung von Patent- und Musterschutz, Schwarze Listen u. dgl. haben ein Anwendungsgebiet gefunden, von dessen Weite sich vor dem Kriege auch die Unterrichteten kaum die richtige Vorstellung gemacht haben. Doch auch den Gegnern ist die Bedeutung weltwirtschaftlicher Beziehungen deutlich demonstriert worden. Zunächst freilich in mehr positivem Sinne. Wie hätten England und Frankreich den Krieg führen sollen, wenn sie nicht der ständigen Befruchtung durch die Weltwirtschaft sicher gewesen wären. Ohne die Ergänzung eigener Vorräte in Volks- und Kriegswirtschaft aus fast aller Herren Länder würde ihnen die Fortsetzung des Krieges kaum bis in das Jahr 1915 möglich gewesen sein.

Und zurzeit ist es die größte Schwäche der Entente, daß auch sie das Wesen der Absperrung vom Weltverkehr zu spüren bekommt und Volk und Kriegswirtschaft ihrer Länder allmählich denselben, in gewissen Grenzen sogar größeren Hemmungen unterworfen werden als die Mittelmächte.

Kurzum, die weltwirtschaftlichen Beziehungen stehen heute im Mittelpunkt der Gedankenwelt. Nicht minder wird es der Fall sein, wenn der Krieg auf den Schlachtfeldern beendet ist. Dann beginnt die „Übergangswirtschaft", die sich gerade dadurch charakterisiert, daß es lange dauern wird, bis der Weltverkehr sein früheres Gepräge wieder erhält. Nicht nur, daß mit zahlreichen Rohstoffen, vor allem den organischen, Raubbau getrieben ist und sie in ihre früheren Ausmaße nur langsam wieder hineinwachsen können, sondern, was fast noch wichtiger erscheint, das vornehmste Weltverkehrsmittel, die Schiffahrt, in ihren Leistungen so vermindert worden ist, daß der Hunger nach überseeischen Rohstoffen nur allmählich gestillt werden kann. Deshalb werden wir erleben, daß die Rationierung volkswirtschaftlicher Bedarfsbefriedigung noch mehrere Jahre nach dem Kriege im Zeichen des gesamten weltwirtschaftlichen Verkehrs stehen wird.

Ein Aufatmen wird durch die ganze Menschheit des Erdballs gehen, wenn diese Folgen des Krieges schließlich beseitigt sind und auch „Wirt-

schaftskriege" in dem heute üblichen Sinne der Vergangenheit angehören. Daß es dazu kommen wird, ist gewiß, denn so unnatürliches Verhalten gegen die Natur, wie der Krieg es mit sich gebracht hat, ist auf die Dauer unvereinbar mit Kultur und Zivilisation. Bis zu dieser Einsicht wird es jedoch noch schwere Kämpfe kosten, Kämpfe, die das Ringen mit den Waffen um viele Jahre überdauern werden. Gerade die in allen am Kriege beteiligt gewesenen Ländern mehr oder minder zu erwartende Herabminderung des volkswirtschaftlichen Wohlstandes wird zum noch schärfer ausgeprägten Streben nach Befruchtung durch die Weltwirtschaft, nach Teilhabe an Welthandel und Weltschiffahrt führen. Selbstbesinnung auf die eigene volkswirtschaftliche Kraft wird das Losungswort sein; nicht lange aber kann verkannt werden, daß die meisten Volkswirtschaften der „Selbstgenügsamkeit" durchaus entraten und aktiv wie passiv auf die Pflege internationaler Wirtschaftsbeziehungen angewiesen sind.

Endlich aber sei noch ein anderer Gesichtspunkt betont, der das weltwirtschaftliche Problem aus den „Niederungen" des „wirtschaftenden Menschen" heraushebt. Wirtschaft, Politik und Kultur stehen heute in unlöslichem Zusammenhang. Die Richtung der sog. „großen Politik" wird heute nicht mehr durch dynastische Interessen, ehrgeizigen Machtwillen u. dgl. bestimmt, sondern durch die (wirklichen oder vermeintlichen) Lebensinteressen der Völker. Starker Antrieb ist hierbei der Wille zu materieller und kultureller Aufwärtsentwicklung, in deren Dienst der Staat steht und um derentwillen eben dieser Staat zu einer Politik geführt wird, die für solche Entwicklung die Bedingungen sichert. Eine der vornehmsten dieser Bedingungen aber ist die Teilhabe der Einzelwirtschaften eines Staatsgebietes an den „weltwirtschaftlichen Möglichkeiten", die zur wirtschaftlichen Erstarkung der Staatsbürger führt und damit zur Sicherung jener Grundlagen beiträgt, die den Staat selbst und alles, was in ihm ist, tragen und lebensfähig machen. Das klarste Beispiel hierfür ist England. In wachsendem Umfange gilt das Gesagte jedoch auch für Deutschland, das deshalb von diesem politisch kulturellen Standpunkt, je länger desto mehr, zu einer der englischen wesensverwandten Richtung seiner auswärtigen Politik kommen mußte und nach dem Kriege noch mehr kommen wird.

Wissenschaftliche Forschung ist gewiß nicht Mittel zum Zweck. Der Gelehrte pflegt und fördert sie um ihrer selbst willen. Auch der Sozialökonom kann auf dies Postulat nicht verzichten. Dennoch empfindet der Forscher Freude, wenn die von ihm geförderte Erkenntnis des Seins und

Werdens im Dienst an der kulturellen und materiellen Höherentwicklung des Volkes, mit dem er durch Bande des Blutes und der staatlichen Gemeinschaft unlöslich verbunden ist, nutzbar gemacht wird, begrüßt er es, wenn darüber hinaus in friedlichen Zeiten die gleiche Wirkung für die Menschheit als solche herbeigeführt wird. Von den Grenzen solcher Nutzbarmachung wissenschaftlicher Forschung ist weiter oben gesprochen worden. Hier sei betont, daß sich innerhalb ihres Rahmens für die deutsche weltwirtschaftliche Forschung ein weites Gebiet auftut. *Es mittels der geschilderten Methoden zu bestellen, ist zunächst die vornehmste und eigentliche Aufgabe des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.*

Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert planmäßige sachliche und persönliche Organisation, die sowohl der Forschung selbst als auch der Nutzbarmachung ihrer Ergebnisse unmittelbar (durch den Unterricht) und mittelbar (für die volks- und weltwirtschaftliche Praxis) die unerläßlichen Voraussetzungen sichert. In den wichtigsten Grundzügen sei diese Organisation hier kurz geschildert.

1. Die wissenschaftliche Forschung.

Wie nicht scharf genug betont werden kann, beschränkt die wissenschaftliche Forschung des Instituts sich durchaus auf die Feststellung von Tatsachen und Tatsachenverbindungen, auf Analyse und Kausalforschung. Alles, was darüber hinausgeht, wird grundsätzlich abgelehnt. Wenn hieraus der Vorwurf abgeleitet worden ist, daß solcherweise naturwissenschaftliche Methoden auf sozialökonomische Forschung übertragen würden, so ist dies der vornehmste Ehrentitel, den das Institut sich wünscht, und zugleich die sicherste Gewähr dafür, daß gerade hierdurch die höchstmögliche Nutzbarmachung seiner Forschungsarbeit erreicht wird. Das Ziel, dem die Kieler Ideen- und Arbeitsgemeinschaft auf ihrem besonderen Gebiete zustrebt, ist, die Gesamtheit der internationalen Verflechtungsvorgänge und ihre Rückwirkungen auf die einzelnen Volkswirtschaften und innerhalb der letzteren auf die verschiedenen Kategorien von Einzelwirtschaften in planmäßigem Vorgehen zur Darstellung zu bringen und auf dieser Basis zum Ausbau einer Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaft, der Weltwirtschaftslehre, vorzuschreiten. Selbstverständlich sind wir nicht so töricht, von dieser Weltwirtschaftslehre zu behaupten, daß sie eine *eigene Wissenschaft* sei. Wenn gegen die Kieler Bilderstürmer nichts

anderes mehr vorgebracht werden kann, so taucht in der Regel diese Dummheit auf, gegen die wir vermutlich noch eine Weile ankämpfen müssen. Der Leiter des Instituts hat niemals einen Zweifel daran gelassen, daß ihm die Weltwirtschaftslehre nichts anderes ist als ein Zweig der Wirtschaftswissenschaften, der Sozialökonomik. Dieser erscheint ihm grundsätzlich jedoch ebensosehr der Pflege bedürftig und der Ausbildung fähig, wie in der medizinischen Wissenschaft die Augenheilkunde oder in der Rechtswissenschaft die Strafrechtslehre. Die Begründung hierfür hat er in seinem Buch „Volkswirtschaft und Weltwirtschaft" (1912) sowie in mehreren Aufsätzen im „Weltwirtschaftlichen Archiv" gegeben. Wenn dabei auf den ersten Hieb nicht alles so klar erfaßt ist, wie der Verfasser es gewünscht hätte, so kann dem objektiven Leser doch niemals zweifelhaft gewesen sein, um was es sich handelt. Im übrigen wird in der zweiten Auflage des inzwischen vergriffenen Buches Gelegenheit sein, auf derlei (und auch andere) Einwände ausführlicher zurückzukommen.[1]) —

Voraussetzung für wissenschaftliche Forschung, wie das Institut sie auffaßt, ist eine umfassende Sammeltätigkeit. Die moderne Weltverkehrsgesellschaft mit ihren unzähligen Lebensäußerungen — mögen diese sich (wie im Kriege) gehemmt oder (wie im Frieden) mehr oder weniger ungehemmt zeigen — bedarf ständiger, systematischer Beobachtung, wenn es im gegebenen Augenblick möglich sein soll, ein exaktes Bild aufzunehmen. Das Institut ist deshalb unablässig um die Sammlung alles Materials, das sich auf Tatsachen und Tatsachenverbindungen des internationalen Wirtschaftslebens bezieht, besorgt. Selbstverständlich — auch das ist ein Einwand, der gelegentlich gemacht wird — bezieht diese Sammeltätigkeit sich nicht lediglich auf die konkreten internationalen Vorgänge an sich, sondern erstreckt sich auch auf alle wichtigen volkswirtschaftlichen Erscheinungen in den am Weltverkehr beteiligten Ländern, soweit sie zu internationalen aktiven oder passiven Beziehungen hinführen oder hinführen können.

[1]) Der Verfasser hätte im Laufe des Krieges öfters Gelegenheit gehabt, sich mit literarischen Angriffen auseinanderzusetzen. Er ist jedoch in der glücklichen Lage, seine Zeit besser anwenden zu können. Die ihm obliegenden kriegsdienstlichen und anderen Verpflichtungen nehmen ihn so stark in Anspruch, daß er seine Zeit gewissen Autoren, die durch den Krieg „nicht weiter belangt" werden und deshalb so tun, als ob wir mitten im Frieden lebten, nicht zur Verfügung stellen kann. Ich sage dies vor allem meinen Schülern und Freunden, die mich gelegentlich gebeten haben, doch gegen diesen oder jenen wieder einmal „die Klinge zu führen". Einstweilen habe ich wahrlich Wichtigeres zu tun.

Die Sammeltätigkeit ist naturgemäß zunächst auf die Literatur der wichtigsten Sprachen gerichtet. Dem Aufbau der Bibliothek wendet das Institut besondere Sorgfalt zu. Ein befriedigendes Ergebnis ist bisher allerdings nicht erzielt, wobei zu beachten ist, daß schon technische Gründe die schnelle Vermehrung einer Bibliothek erschweren. Noch mehr gilt dies vom Standpunkt des Bestrebens, alle Gebiete möglichst gleichmäßig und planmäßig zu entwickeln. Die Zunahme des Bücherbestandes drückt sich in der folgenden Zahlenreihe aus:

Jahr:	Bände:
1911	4 051
1912	8 123
1913	10 722
1914	12 217
1915	15 516
1916	16 913
1917	19 881
1918	22 162

Während des Krieges hat das Institut eine besondere Kriegsbibliothek angelegt, die zunächst noch gesondert verwaltet wird. Sie umfaßt Bücher aus den kriegführenden und neutralen Ländern, die sich auf wirtschaftliche, politische, finanzielle und soziale Tatsachen und Probleme beziehen. Ihr Bestand beläuft sich zurzeit auf 3646 Bände. Es rechtfertigt sich die Vermutung, daß diese Sammlung in ihrer Art die vollständigste ist, die bis jetzt in Deutschland besteht.

Das Institut ist bestrebt, die Bibliothek mit tunlicher Beschleunigung auf einen Bestand zu bringen, der gewissen Mindestforderungen entspricht. Vor allem gilt es, die ältere ausländische Literatur zu pflegen, die in fast allen deutschen Bibliotheken ungewöhnlich vernachlässigt wird. Dazu bedarf es freilich sehr erheblicher Mittel, die nur allmählich flüssig zu machen sind. Eigene Stiftungen für diesen Zweck würden deshalb besonders dankbar begrüßt werden.

Selbstverständlich muß das Institut auch einen großen Stock von Zeitschriften halten. Am 1. Januar 1918 wurden im Institut 761 ausländische und 639 inländische periodische Druckwerke gehalten bzw. im Austausch erworben. Der Krieg hat den Bezug von ausländischen Zeitschriften außerordentlich erschwert und verteuert. Auch hier müssen deshalb nach dem Kriege empfindliche Lücken ausgefüllt werden.

Abgesehen von Büchern und Zeitschriften, benötigt das Institut für seine Forschungsarbeiten zahlreiche andere Materialien; sie werden überwiegend im „Wirtschafts-Archiv" gesammelt. Im Mittelpunkt steht das Archiv von Zeitungsausschnitten, mit dessen Anlage unter Leitung des jetzigen Professors an der Universität Konstantinopel, Dr. Friedrich Hoffmann, im Juni 1914 begonnen wurde. Die Quellen sind die in- und ausländische Presse. Sie wird von besonders für diesen Zweck herangebildeten Kräften durchgesehen; die angestrichenen Aufsätze und Notizen werden ausgeschnitten, auf vorgedruckte Formulare geklebt und in Mappen nach einem System geordnet, das vornehmlich der schnellen Auffindungsmöglichkeit des Materials dient. Das Archiv umfaßte am 15. Dezember 1917: 603 457 Ausschnitte. Der durchschnittliche tägliche Eingang beträgt zurzeit 1000.

Außer diesem Archiv werden mehrere Nebenarchive unterhalten: das Vereinsarchiv, das Geschäftsberichtsarchiv und das Bibliotheksarchiv. Letzteres enthält zurzeit etwa 1900 Broschüren und ähnliche Druckwerke, die in der eigentlichen Bibliothek nicht gut untergebracht werden können. Geschäftsberichte werden im wesentlichen nur von solchen Firmen aufgenommen, die einen internationalen Charakter haben, mit anderen Worten, die nicht nur in einem Lande ihren Sitz haben, sondern die sich in Filialen und Nebenbetrieben oder angegliederten Unternehmungen über wenigstens zwei Länder der Erde erstrecken. Die Berichte werden regelmäßig eingefordert und nach dem Sitz der Gesellschaft geordnet, so daß allmählich (leider hat der Krieg für die Ausgestaltung sehr hemmend gewirkt) alle größeren Gesellschaften von internationaler Bedeutung jedes Landes der Welt, in der Regel von 1900 ab, vorliegen werden. Das Vereinsarchiv sammelt Satzungen, Berichte, Mitgliederverzeichnisse und sonstige Drucksachen von den verschiedensten wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen des In- und Auslandes.

Außer diesen planmäßig durchgeführten Sammlungen besitzt das Institut zahlreiche andere Sammlungen, die aus Mangel an Raum noch nicht in dem wünschenswerten Umfange ausgebaut werden konnten: Handels-, Schiffahrts-, Wirtschafts- und Finanzstatistik, Parlamentsberichte, Blau-, Gelb-, Rotbücher usw., Berichte einheimischer und ausländischer Handelskammern, Konsulatsberichte aller Nationen, Preislisten, Kataloge u. dgl.; ferner Material, das sich auf Handelsverträge, Zollgesetze, Tarife, Hafengebühren, Schiffahrtsabgaben, Ursprungszeugnisse, internationale Wirtschafts- und Verkehrsverträge wie Postverträge, Eisen-

bahn- und Schiffahrtskonventionen, Handelskonferenzen, Münz-Unionen, Verträge über offene Tür, Schutz des Urheberrechts u. dgl. bezieht.

Wichtiger aber als dieses ganze Material sind jene Quellen, welche dem Institut durch seine Berührung mit der Praxis unmittelbar erschlossen werden. Zu verweisen ist da vor allem auf die mehr als 4000 Mitglieder der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft", von der weiter unten noch die Rede sein wird. Der Verkehr mit diesen Männern der Praxis ist für die Institutsarbeit eine Quelle der Belehrung und Anregung, die von Monat zu Monat ergiebiger wird. Mit nicht hoch genug einzuschätzender Bereitwilligkeit wird dem Institut auf Ersuchen Auskunft gegeben oder unaufgefordert Material übermittelt. Hierbei handelt es sich oft um inländische oder ausländische Informationen, die auf anderem Wege schlechterdings nicht zu erhalten sind. Selbstverständlich befindet sich darunter viel vertrauliches Material, das in einem besonderen „Geheimarchiv" aufbewahrt wird, so daß jede mißbräuchliche Verwendung ausgeschlossen ist.

Während des Krieges richtet die Sammeltätigkeit des Instituts sich besonders auf die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zustände im feindlichen und neutralen Auslande sowie auf die Maßnahmen und Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels. Der „Wirtschaftskrieg" ist das spezielle Arbeitsgebiet des Instituts in der jetzigen Zeit, und demgemäß hat es unter Aufwendung großer Mittel das hierauf bezügliche Material so vollständig wie möglich gesammelt.

Auf dem Hintergrunde dieser Materialsammlungen vollzieht sich die eigentliche wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts. Das grundsätzlich Wichtige ist hierüber schon gesagt worden. Darüber hinaus sei an dieser Stelle bemerkt, daß das Institut bestrebt ist, auch methodologisch Vorbildliches zu leisten. Angesichts der mangelhaften Schulung, die gerade die jungen Sozialökonomen häufig aufweisen, ist dies einigermaßen erschwert. Erst wenn das Institut sich einen größeren Mitarbeiterstab selbst herangebildet hat, kann dies Ziel auf völlige Verwirklichung rechnen. Einstweilen ist es nicht zu vermeiden, daß sich auch in den Institutsarbeiten „viele Schulen und Schüler" widerspiegeln. Auf welchen Wegen das Institut bestrebt ist, seinen Mitgliedern wissenschaftliche Methoden zu vermitteln, wird bei der Besprechung der Unterrichtstätigkeit des Instituts darzulegen sein.

In bezug auf die Tätigkeit der Assistenten und wissenschaftlichen Hilfsarbeiter des Instituts wird nach Möglichkeit der Grundsatz befolgt, daß jeder einzelne neben seiner Verwaltungs-, Redaktions- oder Sammeltätigkeit usw. auch produktiver wissenschaftlicher Forschung obliegt. Daneben sind allerdings auch Mitarbeiter ausschließlich mit wissenschaftlicher Forschung beschäftigt, sei es, daß es sich um größere Untersuchungen oder um Denkschriften, Gutachten, Auskünfte und dergleichen handelt.

Soweit die im Institut erzielten Forschungsergebnisse veröffentlicht werden, geschieht es in den vom Institut herausgegebenen Schriften: „Probleme der Weltwirtschaft", von denen bis jetzt 28 Bände vorliegen. Außerdem wird in Verbindung mit dem Institut eine Zeitschrift herausgegeben: das „Weltwirtschaftliche Archiv", das vor dem Kriege etwa 400 Mitarbeiter in mehr als 30 Staaten hatte. Die Zeitschrift hat eine sehr freundliche Aufnahme gefunden. Ihre Auflage hat 5000 überschritten, womit sie weitaus an der Spitze aller wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften Deutschlands stehen dürfte. Während des Krieges sind die wissenschaftlichen Publikationen um eine weitere Sammlung vermehrt worden: die „Kriegswirtschaftlichen Untersuchungen", von denen bisher 15 Hefte erschienen sind. Außerdem ist unter dem Titel „Der Wirtschaftskrieg" eine Serie von Arbeiten im Erscheinen begriffen, die sich auf die feindlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens erstreckt. Bisher sind die Bände über England, Rußland und Japan erschienen.

2. Die Lehrtätigkeit.

Das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft ist ein Universitätsinstitut. Schon daraus ergibt sich, daß in ihm die Lehrtätigkeit eine hervorragende Stelle einnehmen muß. Auf dem Gebiete der akademischen Unterweisung in den Wirtschaftswissenschaften nicht nur Vollständigkeit und Gründlichkeit anzustreben, sondern zugleich hochschulpädagogisch reformierend zu wirken, ist eine der wesentlichsten Aufgaben des Instituts.

Während des Krieges hat diese Aufgabe hinter den kriegsdienstlichen Arbeiten des Instituts zurücktreten müssen. Die nachfolgende

Schilderung bezieht sich deshalb auf Friedenszeiten. Die grundsätzlichen Erörterungen sind zum Teil meinem schon erwähnten Aufsatz im „Weltwirtschaftlichen Archiv" entnommen (4. Bd., S. 1 ff.). Ich hatte damals die Absicht, über „Weltwirtschaftliche Forschung und Lehre" mehrere Abhandlungen zu schreiben. Der Ausbruch des Krieges, der mich sofort von Kiel hinwegführte, ließ es zur Fortsetzung des ersten Aufsatzes nicht kommen. Später nahmen Kriegsdienste anderer Art mich in Anspruch. So komme ich erst jetzt dazu, dem damals Begonnenen die Abrundung zu geben.

Ausgangspunkt der Lehrtätigkeit sind die Vorlesungen. In bezug auf sie ist das Institut ein Glied des gesamten Vorlesungsbetriebes der Universität. Es erwartet, daß seine Mitglieder sich vor allem in den zwei hauptsächlich in Betracht kommenden Fakultäten, der rechts- und staatswissenschaftlichen und der philosophischen Fakultät, so umsehen, daß sie sich eine möglichst breite Bildungsbasis verschaffen. Leitender Gesichtspunkt ist hiebei, daß jegliche Spezialausbildung nur auf dem Boden einer umfassenden Gesamtbildung und, in bestimmten Grenzen, auch der Allgemeinbildung gedeihen kann. Damit sei zugleich einem Einwand begegnet, der öfters geltend gemacht worden ist, daß nämlich das Institut einer Spezialisierung zustrebe, die gewisse Gefahren in sich schließe. Nichts liegt ihm ferner. Es vertritt vielmehr aufs schärfste den Standpunkt, daß die erfolgreiche Zuwendung zu seinem speziellen Arbeitsgebiet die vorherige gründliche Ausbildung in den Wirtschaftswissenschaften überhaupt bedingt, und zwar sowohl nach der theoretischen Seite hin als auch in bezug auf die einzelwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Orientierung. Was für andere Wissenschaften gilt, trifft durchaus auch auf die Sozialökonomik zu. Wie nicht jemand Strafrechtler oder Handelsrechtler sein kann, ohne „Jurist" im üblichen Sinne zu sein, wie der Chirurge ein übler Spezialist ist, wenn er nur Chirurge ist, so wäre auch der „Weltwirtschaftler" ein Arrogant, wenn er der universellen fachlichen Vorbildung entriete.

Es ist in Kiel durchaus dafür gesorgt, daß die Möglichkeit allgemeiner wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung gewährleistet wird. Die üblichen sog. „nationalökonomischen" Vorlesungen werden auch hier in regelmäßigem Turnus gehalten und durch zahlreiche theoretische sowie einzel- und volkswirtschaftliche kleinere Vorlesungen ergänzt. Außerdem besteht in Kiel, wie an allen anderen Universitäten, ein staatswissenschaftliches Seminar, dessen Direktor Prof. Dr. Passow ist. Auch im Institut

ſelbſt werden die unerläßlichen Vorausſetzungen der von ihm bewirkten Spezialausbildung bewußt und planmäßig gepflegt.

In bezug auf die Vorleſungstätigkeit iſt das Inſtitut beſtrebt, die übernommene Art des Vorleſungsweſens, von der im erſten Abſchnitt dieſer Schrift ſchon die Rede war, nach Möglichkeit reformatoriſch fortzuentwickeln und ihm die dominierende Stellung im Unterrichtsbetriebe zu nehmen. Hierbei wird es von den folgenden Erwägungen geleitet:

Die Art der Vorleſungen, wie ſie heute vielfach noch gehalten werden, läßt zuweilen vergeſſen, daß die Buchdruckerkunſt längſt erfunden iſt und ihre Erzeugniſſe leicht zugänglich ſind. Die großen, in Paragraphen fein ſäuberlich eingeteilten ſyſtematiſchen Vorleſungen, die, wenn mitgeſchrieben, den Studenten zu der Auffaſſung verleiten, er habe nunmehr das Nötige ſchwarz auf weiß beieinander, ſind in der Art, wie ſie vielfach traktiert werden, für die wiſſenſchaftliche Ausbildung geradezu eine Gefahr. Der Hörer erhält hier eine Unmenge toten Materials, das er entweder aus gedruckten Büchern, auf die der Dozent hinzuweiſen hätte, ſich holen kann, oder das ihm der Dozent auf gedruckten Beilagen in die Hand zu geben vermöchte. Akademiſche Vorleſungen haben heute nicht mehr die Aufgabe, alles Wiſſenswerte oder das, was der Hörer „wiſſen muß", zu vermitteln, ſondern ihr weſentlichſter Zweck iſt, Verſtändnis für wiſſenſchaftliche Methoden zu wecken, die Tatſachen und Tatſachenverbindungen des ſpeziellen Forſchungsgebietes generell vorzuführen und die wiſſenſchaftliche Problemſtellung zu analyſieren. Alles andere kann heute nicht mehr als Aufgabe der bloßen Vorleſungstätigkeit angeſprochen werden, ſondern muß — im Rahmen der Univerſitäten — anderweitiger Unterweiſung vorbehalten bleiben.

Das Geſagte gilt keineswegs bloß mit Rückſicht darauf, daß viele Vorleſungen innerlich und äußerlich mangelhaft durchgeführt werden. Es bliebe auch beſtehen, wenn es nur „glänzende Dozenten" gäbe und in den Vorleſungen ſchlechthin das Höchſte geleiſtet würde. Es liegt im Weſen der Dinge, daß jede Lehrmethode verſagen muß, die einſeitig aktiv iſt und den paſſiven Teil dazu verurteilt, Stunde um Stunde bloß zuzuhören und ſich Steinchen und Körnchen vorführen zu laſſen, die ohne Mühe gedruckten Büchern entnommen werden können oder aber in der Form der bloßen Vorleſung dem Studierenden außerordentlich ſchwer zu vermitteln ſind.

Das Institut versucht, hieraus die Konsequenzen zu ziehen und zu einem Vorlesungswesen zu kommen, das auch heute noch Berechtigung hat. Im übrigen aber vertritt es, wie bemerkt, den Standpunkt, daß der Vorlesung im Unterrichtsbetrieb die dominierende Stellung durchaus abgesprochen werden muß. Die erforderliche Intensität des Lehrbetriebes kann durch Massenunterweisung in den Hörsälen nicht erreicht werden, sondern ist nur mittels individualistischer Methoden möglich. Diese aber sind an den Seminarbetrieb gebunden.

Daß die Vorlesungen nicht mehr das Alleinmögliche sein können, hat man zwar seit langem auch in den Geisteswissenschaften erkannt. Die Folge war die Errichtung von Seminaren. Es gibt heute an deutschen Universitäten kaum eine Disziplin, die nicht über ein Seminar verfügte. Ohne Frage ist hiermit ein richtiger Weg beschritten worden — und solcherweise eine Forderung erfüllt, die der weitschauende Fichte in jenem Universitätsgutachten in den Mittelpunkt gestellt hatte. Außer jedem Zweifel steht aber, daß das Seminar in seiner heutigen Gestalt, so nützlich es wirkt, nur ein Notbehelf ist. Zunächst ist, wie schon bemerkt, die Dotierung dieser Seminare so unzureichend, daß ihrer Tätigkeit der engste Rahmen gezogen ist. Die Mehrzahl der preußischen Seminare z. B. erfreut sich eines Etats von 300—600 ℳ, wozu noch die Beiträge der Mitglieder in Höhe von 3—10 ℳ kommen. Das sind Summen, die jede Entwicklungsmöglichkeit von vornherein ausschließen. Dazu kommt, daß die Seminare vielfach unzureichend untergebracht sind, d. h. nur einen Raum zur Verfügung haben, der bloß für einen Bruchteil der Studierenden Arbeitsgelegenheit bietet. Gemessen an den Bauten der naturwissenschaftlichen Institute, treten die Seminare schon äußerlich als etwas ganz Nebensächliches in die Erscheinung.

Damit aber kommen wir zum Kernpunkt. In den naturwissenschaftlichen Disziplinen hat die Vorlesung ihre dominierende Stellung verloren oder ist sie so experimentell geworden, daß der „Apparat" integrierender Bestandteil der gesamten Unterweisung ist. In den Geisteswissenschaften aber hat man in Deutschland am altüberlieferten Mittelpunkt der Lehrtätigkeit, der Vorlesung, festgehalten und dem Seminar lediglich eine ergänzende Tätigkeit zugewiesen. Eben daraus resultiert auch sein äußerliches Aschenbrödeldasein und die Abneigung der maßgebenden Stellen, in eine Annäherung der äußeren Ausstattung der Seminare an die naturwissenschaftlichen Institute einzuwilligen.

Es ist hier nicht der Raum, das Gesagte an einer Schilderung des Seminarbetriebes in allen Wissenschaften zu erhärten. Ich beschränke mich auf einige Andeutungen über das Seminarwesen auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft.

Die gegenwärtige Generation der Sozialökonomen legt ihren Vorlesungen die folgende Dreiteilung zugrunde: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, spezielle Volkswirtschaftslehre,[1]) Finanzwissenschaft. Daneben finden Spezialvorlesungen mancherlei Art statt. Im ganzen liegen die Verhältnisse so, daß in den Vorlesungen nur ein Bruchteil der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen vorgetragen werden kann. Das hätte an sich nichts zu bedeuten, wenn die Vorlesungen weniger auf minutiöse Einzelschilderung angelegt wären als auf die Schilderung großer Zusammenhänge und wissenschaftlicher Problemstellung. In beiden Fällen aber macht sich die weitere Unterweisung dringend nötig. Sie erfolgt in der Form von Seminarübungen. Wie aber gehen diese vor sich? Manche Professoren (ich drücke mich vorsichtig aus) beschränken ihr „Seminar" auf die Besprechung von Doktorarbeiten. Der Doktorand liest seine Arbeit oder einen Teil derselben vor. Nicht selten nimmt dies zwei Sitzungen in Anspruch. Es folgt die „Debatte", in der einige redegewandte Kommilitonen das Wort führen. Zum Schluß gibt der Übungsleiter seine Meinung kund. Alsdann ist die Sitzung zu Ende, und der Referent weiß, ob er die Arbeit „einreichen" darf oder in welcher Richtung er sie umarbeiten muß. Ich verkenne keineswegs den hohen Wert solcher Übungen, die vorgeschrittenen Studierenden, die mit selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind, ungemein nützlich werden können. Aber die eigentliche Mission des Seminars erfüllen sie nicht.

Eine andere Art von Übungen geht so vor sich, daß in jeder Stunde ein besonderes Thema auf der Tagesordnung steht. Auch hier lesen die Teilnehmer ihr Referat vor, um hernach eine kurze Debatte und die Generalkritik des Übungsleiters zu erleben. Ob die Teilnehmer dem vorgelesenen Referat folgen oder ob sie es nur absitzen, entzieht sich zumeist der Beurteilung.

Wesentlich anders zu bewerten sind solche Übungen, die ein ganzes Semester hindurch einen bestimmten Gegenstand behandeln: Theorie, Geschichte, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Agrarwesen, Handelspolitik usw.

[1] Nach vielfach noch üblichem, aber falschem Sprachgebrauch auch als „Theoretische und Praktische Nationalökonomie" bezeichnet.

Es kommt aber auch hier darauf an, wie sie gehandhabt werden. Mit der Erstattung von Referaten (für den Leiter die bequemste Methode) ist in der Regel wenig geschehen. Notwendig ist vielmehr, daß in *jeder* Sitzung nach Möglichkeit *jeder* Teilnehmer herangezogen wird. Dies ist nur möglich, wenn an der Hand guter Hilfsmittel in Frage und Antwort ein bestimmtes Gebiet systematisch durchgearbeitet wird. Solche Hilfsmittel sind heute zum Teil vorhanden; soweit es nicht der Fall ist, müssen sie beschafft werden. Man stoße sich nicht an der „Schulmeistermethode". Wer solchen Vorwurf erhebt, tut es meist aus pädagogischem Unverstand.

Andere Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Seminarübungen mögen hier vorläufig unerörtert bleiben. Das Gesagte genügt, um die Behauptung zu rechtfertigen, daß der Seminarbetrieb zum mindesten in der Wirtschaftswissenschaft unzulänglich ist. Das Betrübliche ist nun aber, daß erfolgreiche Reformen hier keineswegs leicht sind. Solange nämlich die Ordinarien mit Vorlesungen so überlastet sind wie zurzeit, können sie zumeist gar nicht daran denken, ihrer Seminartätigkeit eine breitere Basis zu geben. Zumal an solchen Universitäten, an denen die gesamte wirtschaftswissenschaftliche Unterweisung auf zwei oder vier Augen ruht, ist die Vielseitigkeit des Seminarbetriebes einfach ausgeschlossen. Wir finden hier denn auch selten mehr als die herkömmliche zweistündige Übung.

Da handelt es sich nun vor allem um die grundsätzliche Entscheidung der Frage, ob es möglich ist, die Seminartätigkeit *auf Kosten der Vorlesungen* zu erweitern. Nach dem Dargelegten versteht es sich von selbst, daß der Verfasser dieser Schrift diese Frage bejaht. Nach seiner Erfahrung würde beispielsweise je eine zwei bis dreistündige Vorlesung über Allgemeine Volkswirtschaftslehre und die wichtigeren Gebiete der Speziellen Volkswirtschaftslehre, bzw. der Privat- und Weltwirtschaftslehre vollständig genügen, wenn diese Vorlesungen von vornherein damit rechnen könnten, daß alle Hörer durch eine intensive Seminartätigkeit gingen. Würde sodann der Dozent seine ganze übrige Lehrtätigkeit der Abhaltung von Seminarübungen zuwenden und damit die Voraussetzung für die Möglichkeit verkürzter Vorlesungen schaffen, so würde er wöchentlich drei bis vier Seminarsitzungen abhalten können, ohne die jetzt übliche Gesamtstundenzahl wesentlich zu überschreiten.

Es darf mit Bestimmtheit behauptet werden, daß der Lehrerfolg solcherweise ungleich größer wäre, als es heute bei der überwiegenden Vorlesungstätigkeit der Fall ist. Selbstverständlich spielt hierbei auch die *Art* des Seminars eine Rolle. Übungen, wie oben geschildert, können beliebig

vermehrt werden, ohne daß sie einen Ersatz für die Vorlesungen darstellen. Auch die Ausstattung des Seminars mit den nötigen Hilfsmitteln und die Zahl der zur Verfügung stehenden Assistenten ist von Bedeutung. Es kommt deshalb alles darauf an, daß, ähnlich wie in den Naturwissenschaften, auch in der Wirtschaftswissenschaft (und den Geisteswissenschaften schlechtweg) nach Methoden gesucht wird, die das Seminar oder Institut so gestalten, daß es in den Vordergrund der akademischen Unterweisung treten kann und damit die heute innerlich unhaltbar gewordene dominierende Stellung der aus den Zeiten vor Gutenberg stammenden Vorlesung beseitigt wird.

Das sind die Erwägungen, die das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft dazu geführt haben, den Schwerpunkt seiner Lehrtätigkeit durchaus in die seminaristischen Übungen zu verlegen. Die hierbei zur Anwendung kommenden Methoden sind außerordentlich verschieden.

Naturgemäß hat das Institut es in seinem engeren Wirkungsbereich zumeist mit älteren Studierenden zu tun, die sich schon an anderen Universitäten eine allgemein wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung erworben haben. Für sie kommen zumeist die „Übungen für Fortgeschrittene" in Betracht, die jedoch nicht so zu denken sind, daß in ihnen das berühmte „Referat" die Hauptrolle spielt. Im Gegenteil! Immer handelt es sich um zusammenhängende Gebiete, die durch Frage, Antwort und Erläuterung bearbeitet werden. Die „fortgeschrittenen" Kenntnisse dokumentieren sich nur dadurch, daß Stoff und Problemstellung entsprechend gewählt werden. Nicht selten liegen diesen Übungen wichtige literarische Neuerscheinungen des In- und Auslandes oder aktuelle Fragen des Wirtschaftslebens zugrunde. Zu Beginn des Semesters wird in der Regel ein vollständiges Programm aufgestellt, und für jede Seminarsitzung werden zwei oder drei Mitglieder bestimmt, die sich auf den zur Erörterung kommenden Gegenstand besonders vorbereiten müssen, nicht etwa, um zu „referieren", sondern um sozusagen die letzte Reserve im Kreuzfeuer von Frage und Antwort zu sein.

Im Wesen gleich sind die Übungen für „Anfänger" und für „mittlere Semester"; es wird hier Wert darauf gelegt, daß in jedem Semester ein bestimmtes Lehrgebiet durchgearbeitet wird (Theorie, Handelspolitik, Zollwesen, Bankwesen, Agrarwesen, Schiffahrt, Kartelle usw.). Leitender Grundsatz ist dabei, daß die Teilnehmer stets an die unmittelbaren Quellen herangebracht werden. Es versteht sich von selbst, daß die reichen Materialien des Wirtschaftsarchivs, von denen

schon die Rede war, hierbei ausgiebigste Verwendung finden. Die Befruchtung des akademischen Unterrichtes durch die Praxis wird so zum Prinzip erhoben und dadurch eine Anschaulichkeit erzielt, die auf anderem Wege, d. h. ohne die Ausnutzung so ergiebiger Sammelstätten, nicht erreicht werden kann. Fast auf die Spitze getrieben wird diese Methode dadurch, daß auch Seminarübungen in den einzelnen Verwaltungsabteilungen selbst und durch deren Leiter (Archiv, Nachrichtenabteilung, Redaktion, Statistische Abteilung usw.) veranstaltet werden. Mit Vorliebe werden im Institut ferner Übungen an der Hand von Zeitschriften und der Handelsteile von in- und ausländischen Zeitungen abgehalten. Wenn zum Beispiel fortgeschrittene Studierende mit ihrem Lehrer ein ganzes Semester hindurch die jeweils neuesten Nummern des „Economist" oder des „Économiste français" durchgearbeitet haben, so ist das von nicht hoch genug einzuschätzendem Wert, ganz abgesehen davon, daß zugleich die Sprachkenntnisse der Studierenden gefestigt werden.

Daß bei alledem die rein theoretischen Übungen nicht zu kurz kommen, bedarf in einem Institut von so exakter wissenschaftlicher Grundauffassung wie dem Kieler keiner besonderen Erwähnung.

Neben den bisher genannten Übungen geht auf allen Stufen der Ausbildung eine Kategorie von Übungen einher, die in der *Anleitung zu selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten* ihren Schwerpunkt findet. Es ist eine alte Klage, daß unsere Studierenden, wenn sie in die Praxis kommen, vor allem in diejenige der gesetzlichen und privaten Interessenvertretungen oder der Staats-, Landes- und Stadtbehörden, der Fähigkeit zur Abfassung von Denkschriften, Gutachten u. dgl. ermangeln, ja, sogar vielfach eine Unbeholfenheit im schriftlichen Ausdruck bekunden, die jeder Beschreibung spottet. Gewiß liegt die Wurzel dieses Übels in der *Schule*, doch hat hier auch die Universität Aufgaben, denen sie sich nicht entziehen kann. Dazu kommt, daß mündlich vermittelte Methoden wissenschaftlicher Forschung erst im Schriftlichen ihre Probe bestehen! Eben deshalb wird auf diese Anleitung zu selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten im Institut so großer Wert gelegt. Sie differenziert sich naturgemäß auf den verschiedenen Stufen der Ausbildung außerordentlich. Handelt es sich bei den Anfängern um kleinere Ausarbeitungen über einfache Fragen (nicht zu vergessen die Führung des Protokolls, das stets am Schlusse der Sitzung verlesen wird), so nehmen sie „in der Arbeitsgemeinschaft der Doktoranden" ihre höchste Form an. Die hier zu leistenden Arbeiten, mit denen der junge Sozialökonom sich die

Sporen verdienen soll, reifen unter der kritischen Mitarbeit von Gleichgestellten heran und müssen demgemäß viele Stadien durchlaufen, bevor sie vor der Arbeitsgemeinschaft bestehen können. Daraus ergibt sich von selbst, daß an die im Institut erstehenden Doktorarbeiten große Anforderungen gestellt werden und zu ihrer Anfertigung viel Zeit erforderlich ist. Dies sei ausdrücklich gesagt, damit sich niemand an das Institut wende, der etwa „möglichst schnell" promoviert werden möchte. Das Institut will von denen, die in ihm ihre wissenschaftliche Ausbildung beendeten, die Gewißheit haben, daß sie im Sattel sitzen und reiten können. Der Mehraufwand an Zeit und Mühe wird dann auch vom Standpunkt des einzelnen leicht eingebracht.

Endlich sei erwähnt, daß das Institut auch der rhetorischen Ausbildung seiner Mitglieder Aufmerksamkeit zuwendet. Es ist eine alte Erfahrung, daß oft die tüchtigsten Menschen nicht zur Geltung kommen, weil sie der rednerischen Ausdrucksfähigkeit ermangeln. Es soll selbstverständlich nicht bestritten werden, daß hier natürliche Begabung von entscheidender Bedeutung ist, innerhalb bestimmter Grenzen sind aber auch Ausbildung und Übung von Wichtigkeit, und die „leichteste" Zunge erregt Entsetzen, wenn sie undisziplinierte in Bewegung gesetzt wird. Das Institut ist deshalb bestrebt, die rednerische Ausbildung seiner Mitglieder durch entsprechende Kurse zu fördern. Doch hat es dabei nicht sein Bewenden. Die im höheren Sinne verstandene rhetorisch-parlamentarische Schulung mit dem Endziel der Vorbereitung auf Tätigkeit im öffentlichen Leben kann nur in „praktischen" Übungen erworben werden. Diese bieten sich in den „Debattierabenden" dar, die nach Oxforder Muster veranstaltet werden und später, im neuen Haus, eine planmäßige Ausgestaltung erfahren sollen. Daneben wird in allen regelmäßigen Übungen des Instituts auf Vervollkommnung im Sprachgebrauch grundsätzlich Wert gelegt.

Selbstverständlich erfordert ein so umfassender und spezialisierter Seminarbetrieb zahlreiche Lehrkräfte. Sie zu beschaffen, ist deshalb vornehmste Sorge des Instituts. Vom Staat wird erwartet, daß er die wirtschaftswissenschaftlichen Professuren an der Universität erheblich vermehrt. Daneben müssen zahlreiche „beauftragte Dozenten" vorhanden sein. Im übrigen stellt das Institut die Lehrkräfte von sich aus zur Verfügung und findet sie nicht zuletzt in seinen Mitarbeitern. Eine besondere Kategorie von Lehrkräften stellen die „Repetenten" dar, die vom Minister ernannt werden und das Recht haben, im Institut Übungen abzuhalten, deren Teilnehmerzahl 25 nicht überschreiten darf.

Es beschränkt sich aber die Lehrtätigkeit im Institut keineswegs auf Dozenten der Universität oder des Instituts. Auch auswärtige und ausländische Gelehrte und Praktiker halten im Institut Kurse und Vorträge. Ein Unternehmen wie das Kieler kann die ihm gestellten Aufgaben nur dann erfüllen, wenn es die moderne wirtschaftliche Weltverkehrsgesellschaft mit ihren unzähligen Lebensäußerungen so umfassend wie möglich seinen Mitgliedern nahebringt. Dies ist aber nur dann erreichbar, wenn neben der ständigen Unterweisung durch die Dozenten der Universität und des Instituts auch solche Gelehrte und Praktiker des In- und Auslandes im Institut vorübergehend wirksam sind, die sich auf einem weltwirtschaftlichen Spezialgebiet mit Erfolg betätigt haben. In dieser Ausweitung der Lehrtätigkeit erblickt das Institut nicht nur die vergrößerte und unerläßliche Basis weltwirtschaftlicher Unterweisungsmöglichkeit, sondern es erhofft von ihr vor allem auch eine Befruchtung der Beziehungen des Instituts, seiner Dozenten und Mitglieder zur nationalen und internationalen Fachwelt in Theorie und Praxis. Wenn in diesem Zusammenhang von „Praktikern" die Rede ist, so sind damit vor allem auch solche Männer gemeint, die im geschäftlichen Leben tätig sind und als Leiter von Industrie-, Handels-, Schiffahrts-, Bank- und Plantagenunternehmungen gestaltend in das weltwirtschaftliche Gefüge eingreifen.

Das Ziel der Unterrichtstätigkeit im Institut ist zunächst selbstverständlich die Vermittlung wissenschaftlichen Geistes, wissenschaftlicher Forschungsmethoden und wissenschaftlicher Erkenntnis dessen, *was ist*. Darüber hinaus aber — und hier findet die gesamte Tätigkeit des Instituts einen Schwerpunkt — kommt es auf die Heranbildung solcher Kräfte an, die später auf dem Gebiete volks- und weltwirtschaftlicher Praxis tätig sein sollen. Insonderheit ist hierbei gedacht an die künftigen Leiter großer gewerblicher Unternehmungen, an Wirtschaftsbeamte der privaten und gesetzlichen Interessenvertretungen, an die Angehörigen des auswärtigen Dienstes und an jene große Zahl von Beamten, die im Reiche, in den Einzelstaaten und in den Städten mit wirtschaftlichen Problemen in Berührung kommen. Es handelt sich hier um eine ungemein wichtige Tätigkeit, denn die Heranbildung weltwirtschaftlich geschulter Sozialökonomen ist in Deutschland eine dringende Gegenwartsaufgabe. Das Institut widmet deshalb dem Ausbau seiner Unterrichtsarbeit die größte Aufmerksamkeit.

Gerade während des Krieges ist in der Öffentlichkeit und in zahlreichen deutschen Parlamenten eindringlich die Forderung erhoben worden,

die Ausbildung unserer deutschen Hochschuljugend in dem Sinne zu erweitern, daß ihr mehr und planmäßiger, als es bisher üblich gewesen ist, Kenntnisse des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, der ökonomischen und kulturellen Entwicklung fremder Länder und, vor allem, Einblick in die weltwirtschaftlichen Verflechtungsvorgänge vermittelt werden. Es ist dies eine Forderung, die schon vor dem Kriege immer und immer wieder geltend gemacht wurde, deren Berechtigung aber nunmehr der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen endgültig erhärtet hat. Soll nach beendigtem Kriege der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens mit Erfolg bewerkstelligt und jene Stellung zurückerobert und dauernd behauptet werden, auf die Deutschland kraft natürlicher Entwicklungsbedingungen Anspruch hat, so ist dafür Voraussetzung, daß der heranwachsenden Generation das Rüstzeug gegeben wird, dessen sie bedarf. Die Verhältnisse, mit denen nach dem Kriege zu rechnen ist, stellen an jeden einzelnen ungleich höhere Anforderungen als vorher. Mit der reinen „Empirie", der bloßen Erfahrung, ist da nicht mehr auszukommen. Planmäßigkeit und Folgerichtigkeit der Arbeit, die von den Praktikern erwartet werden, erfordern weit mehr!

Im letzten Friedenssemester hatte das Institut 162 studierende Mitglieder, unter ihnen zahlreiche Söhne von Industriellen und Kaufleuten, die später in das väterliche Geschäft eintreten oder sonst im Erwerbsleben tätig sein wollen. Es ist anzunehmen, daß diese Zahl sich nach dem Kriege erheblich vermehrt.

3. Die Befruchtung der wirtschaftlichen Praxis.

Das grundsätzlich Wichtige über die vom Institut erstrebte wechselseitige Befruchtung von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis ist schon gesagt worden.

Das Institut sieht in dieser Verbindung ein Stück seines Wesens und ist bemüht, die Voraussetzungen dafür sicherzustellen. Zu ihnen gehört in erster Linie die gleichfalls schon geschilderte bestimmte Art seiner Forschungsmethoden. Eine Wissenschaft, die in politischer oder sonstiger Willens-Zielsetzung ihr Heil erblickt, besitzt die Vorbedingungen für solches gemeinsame Arbeiten mit der Praxis selbstverständlich n i c h t. Nur wer als Gelehrter die wissenschaftlicher Erkenntnis gesteckten Grenzen erkennt und Entsagung übt, um sie einzuhalten, der allein hat das Recht, gelehrte Forschung in aktive Wechselwirkung mit der Praxis zu bringen. Allen anderen muß das Recht dazu abgesprochen werden.

Die Bedeutung des Instituts für die wirtschaftliche Praxis äußert sich einerseits in der Heranbildung weltwirtschaftlich geschulter Sozialökonomen, ein Gesichtspunkt, der schon erörtert wurde. Darüber hinaus hat das Institut eine umfassende praktische Auskunftserteilung organisiert, die von Praktikern der verschiedensten Zweige internationalwirtschaftlicher Tätigkeit ständig mehr in Anspruch genommen wird. Ist es auch im Rahmen der bisherigen Leistungsfähigkeit nicht immer leicht, allen Anforderungen gerecht zu werden, so geschieht doch das mögliche, um gerade diesen Zweig der Tätigkeit des Instituts zu pflegen und fortzuentwickeln.

Von welcher Wichtigkeit dies ist, möge an einem Beispiel gezeigt werden. Nehmen wir an, es handele sich für Korporationen, Einzelne oder für die Politik um die Absicht, an der wirtschaftlichen Erschließung Chinas teilzunehmen. Dazu bedarf es gründlicher Kenntnisse aller in Betracht kommenden Faktoren, die objektiv zu vermitteln das Institut imstande sein muß, ohne im übrigen an der aus seinem Tätigkeitsbereich herausfallenden und ihm wesensfremden Verwirklichung solcher Zielsetzung praktisch beteiligt zu sein. Demgemäß muß das Institut, ohne daß es im einzelnen Falle erst Nachforschungen anzustellen genötigt ist, vermöge seiner ständig auf dem laufenden gehaltenen Materialsammlung in der Lage sein, über die folgenden Verhältnisse genaue und zuverlässige Angaben zu machen:

1. Die innerpolitische Entwicklung Chinas in jüngster Zeit. Stellung der Zentralgewalt. Das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und Provinzregierung — wichtig für Staatsaufträge —. Revolutionäre Bestrebungen. Zuverlässigkeit des Heeres in den verschiedenen Landesteilen. Die Prinzipien der inneren Politik. Aussichten ihrer Durchsetzung. Gegenströmungen. Gegenwärtige Beurteilung der Lage. Die rechtliche Stellung der Fremden (Konzessionen usw.).

2. Die Finanzen Chinas. Das Budget. Steuern und sonstige öffentliche Einnahmen nach dem neuesten Stand. Finanzielle Sorgen. Anleihen des Auslandes. Die Bedingungen, zu denen sie begeben sind. Anleiheprojekte. Verbindung von Anleihe- und Konzessionspolitik. Anleihen und Deckung des öffentlichen Sachbedarfs. Einfluß der Finanzlage auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung.

3. Die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen Chinas.

A. Landwirtschaftliche Verhältnisse. Allgemeine Lage. Bebauung und Ernteergebnisse der letzten Jahre. Verschiebungen im Anbau. Die Gründe hierfür. Schaffung von Ausfuhrwerten. Bestrebungen zur Förderung der Landwirtschaft: Richtung und Erfolge. Ausländischer Einfluß. Hemmungen der landwirtschaftlichen Produktion. Organisation des Absatzes landwirtschaft-

licher Produkte. Gewerbliche Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Beteiligung der Ausländer hierbei. Verwendung ausländischer Erzeugnisse in landwirtschaftlichen Betrieben (Geräte, Maschinen usw.) und seitens der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Nähmaschinen, Nadeln, Lampen, Scheren, Stärke usw.).

B. Der Bergbau. Neuere Untersuchungen über das Vorkommen von Mineralien. Verkehrsgeographische Lage der Stätten. Rechtliche Voraussetzungen des Bergbaus. Bisherige bergbauliche Tätigkeit. Anteil der verschiedenen Nationen mit Angabe der Firmen und Finanzgesellschaften. Arten und Bedingungen der Konzessionen. Arbeiterverhältnisse. Absatzmöglichkeiten. Finanzielle Ergebnisse. Schwebende Projekte. Einfluß der Politik fremder Staaten auf das bergbauliche Konzessionswesen. Die Tätigkeit der Diplomatie auf diesem Gebiet.

C. Gewerbliche Verhältnisse. Allgemeine Lage. Großproduktion: Grenzen industrieller Tätigkeit und die hauptsächlich in Betracht kommenden Landesteile. Die Ursachen der bisherigen Entwicklung. Formen der industriellen Betriebe. Ausländisches Kapital und ausländischer Einfluß hierüber bis ins einzelne gehende Nachweise mit Angabe aller wichtigeren Firmen). Wer hat die Betriebe installiert? Zu welchen Preisen? Woher werden die Rohstoffe bezogen? Sind die leitenden Beamten, Ingenieure usw. Chinesen oder Ausländer? Im letzteren Falle, welcher Nationalität? Wie steht es um die Arbeiterverhältnisse (Beschaffung, Ausbildung, Löhne, Leistungen usw.)? Welcher Art ist die Produktion (minderte oder qualifizierte Arbeit, Massenartikel, Nachahmung europäischer Erzeugnisse, Anpassung an chinesischen Geschmack usw.)? Wo und in welchen Bevölkerungsklassen haben die Betriebe ihren hauptsächlichsten Absatz? In welchem Umfange erhalten sie Staatsaufträge oder arbeiten sie ausschließlich für öffentlichen Bedarf? Wie steht es um die Rentabilität der Betriebe?

D. Das Verkehrswesen, unter besonderer Berücksichtigung des Baues von Eisenbahnen. Welche Verkehrslinien sind bis heute vorhanden? Wer hat sie finanziert und gebaut? Aus welchen Ländern kam das Material? Welche Firmen haben es geliefert? Wer betreibt die Eisenbahnen? Welcher Art sind die Konzessionen (möglichst genaue Nachweise)? Wie gestaltet sich das Fracht- und Personentarifwesen? Welche Mittel wurden angewandt, um die Konzessionen zu erhalten? Welche Konzessionen sind erteilt, aber noch nicht nutzbar gemacht? Weshalb die Verzögerung? Welche Bahnbauten sind projektiert? Wer sind die Bewerber? Methoden des Kampfes um neue Konzessionen. Stellung der chinesischen Regierung zu den Konzessionen. Gemischte Verkehrsunternehmungen. — Welche Entwicklung hat in neuester Zeit die Flußschiffahrt genommen (eigene und fremde, Tarifverhältnisse, Konkurrenzkampf, Namen und Schiffsrouten der beteiligten Firmen usw.)?

E. Das Geld- und Kreditwesen. Währungsverhältnisse. Metall und Papier. Silberfrage. Ihr Einfluß auf das Wirtschaftsleben. In- und ausländische Banken. Deren Organisation, Geschäftskreise und Kreditsystem. Das Zahlungswesen im einzelnen.

F. Der Handel. Eigenarten des Geschäftslebens in China. Chinesische Kaufleute. Europäische Kaufleute (genaue Nachweise über deren Zahl, unter Angabe der Nationalitäten, Firmen, der territorialen Verbreitung usw.). Methoden des Handelsverkehrs, Organisation und Technik des Warenhandels zwischen europäischen und chinesischen Kaufleuten. Propaganda. Der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Nationalitäten, seine Formen und Methoden.

4. Der Außenhandel Chinas.

A. Allgemeines. Die internationalen Vertragsverhältnisse. Neuere Bestrebungen, sie zu beeinflussen. Die offenen Häfen. Das Konzessionswesen. Beschränkungen der „offenen Tür" in China durch Japan, Rußland usw. Interessensphären. Die Seezollverwaltung. Die Handelsstatistik.

B. Die Ausfuhr. Ihre neuere Differenzierung nach Gütern. Ursachen der jüngsten Entwicklung. Anteil der einzelnen Länder an der chinesischen Ausfuhr. Die am Ausfuhrhandel beteiligten größeren Firmen der verschiedenen Nationalitäten. Ausfuhrzölle. Möglichkeiten zur Förderung der Ausfuhr. Organisation des Ausfuhrhandels. Währung und Ausfuhr. China als Rohstofflieferant. Entwicklungstendenzen und die Aussichten, sie zu beeinflussen.

C. Die Einfuhr. Ihre neuere Differenzierung nach Gütern und Ländern. Ursachen der Entwicklung. Die am Einfuhrhandel beteiligten größeren Firmen. Organisation des Einfuhrhandels. Direkter und indirekter Verkehr. Der Einfluß des Geld- und Kreditwesens auf die Einfuhr. Die Entwicklung der Bedarfsgestaltung auf dem chinesischen Markt. Die Mittel, sie zu beeinflussen. Der Konkurrenzkampf der Einfuhrländer. Die Stellung Japans. Maßnahmen aller Nationen zur Förderung der Ausfuhr nach China: Diplomatische und konsularische Tätigkeit, Errichtung von Schulen und Fachanstalten, Missionswesen, Vereinswesen, Handelskammern, Presse, Telegraphendienst, Studienreisen, Ausbildung junger Chinesen in fremden Ländern. Der Zusammenhang zwischen der Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung Chinas und dem Außenhandel.

5. Die internationale Schiffahrt nach China. Die gegenwärtigen Verhältnisse, geschildert auf Grund eingehendster statistischer Nachweise. Die Gesellschaften. Intensität des Verkehrs. Frachtraten und sonstige Verladebedingungen. Ringbildung in der Chinafahrt. Subventionen. Konkurrenzkämpfe. Wechselwirkungen zwischen Schiffahrt und Außenhandel. Entwicklungstendenzen und die Bestrebungen, sie zu beeinflussen.

Ausdrücklich sei bemerkt, daß es sich bei allen diesen Nachweisen nicht etwa um generelle Darlegungen handelt, die aus verschiedenen Zeitläuften stammen, sondern jeweils um den neuesten Stand der Dinge. Ganz allgemein sind die oben verzeichneten Punkte jedem mit den chinesischen Verhältnissen Vertrauten durchaus bekannt. Von Bedeutung ist es deshalb, daß angesichts der schnellen Entwicklung und des

ständigen Hin und Her in den chinesischen Verhältnissen alle Ereignisse und Tendenzen laufend und dauernd beobachtet werden, damit die Angaben, die das Institut macht, sozusagen die Zustände des „letzten Tages" schildern. Dies allein hat Wert.

Solche Unterlagen zu bieten, muß demnach das Kieler Institut in der Lage sein. Es muß deshalb nicht nur über die Materialien und die Verbindungen mit China verfügen, sondern in seiner „China-Abteilung" auch theoretisch und praktisch gebildete Chinakenner anstellen, die imstande sind, ein treues Bild der jeweiligen Sachlage zu zeichnen.

Dasselbe gilt natürlich für alle anderen Gebiete der Weltwirtschaft.

Um einen Begriff davon zu geben, welcher Art diese Auskunftstätigkeit während des Krieges ist, seien aus den reichlich 1000 erteilten Auskünften des Jahres 1917 an dieser Stelle einige Stichproben gegeben.

Die Auskünfte bezogen sich auf:

A. Kriegsmaßnahmen der Gegner und deren Folgen:

1. Zwangsverwaltung feindlicher Firmen,
2. Zwangsabwicklung von Geschäften feindlicher Firmen,
3. Zwangsauflösung feindlicher Firmen,
4. Grundstückszwangsverkäufe,
5. Beschlagnahme von Aktien und sonstigen Wertpapieren,
6. Ungültigkeitserklärung und Verkauf von Wertpapieren,
7. Anfechtung von Patenten,
8. Ungültigkeitserklärung von Patenten,
9. Verlauf von Patentprozessen,
10. Eingetretener oder drohender Verfall von Warenzeichen, Schutzrechten,
11. Rechtsschutz feindlicher Ausländer (Internierung usw.),
12. Aus- und Einfuhrverbote.

B. Deutsche Kriegs- und Schutzmaßnahmen:

1. Zwangsverwaltung feindlicher Firmen,
2. Zwangsauflösung feindlicher Firmen,
3. Ausmerzung der Geschäftsanteile feindlicher Ausländer an Firmen und in Partereedereien.

C. Sonstiges:

1. Aus- und Einfuhrstatistiken von Ländern und Häfen,
2. Einzelne Produktionsverhältnisse des neutralen Auslandes,
3. Maßnahmen (z. B. Beschlagnahmungen) neutraler Länder,
4. Nachahmungen deutscher Markenartikel im neutralen Auslande,
5. Schiffahrtsverhältnisse nach dem Kriege,
6. Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege,
7. Wiederaufbaufragen,
8. Kanalfragen,
9. Beschaffung von Adressen, Literatur usw.,
10. Verschiedenes.

Die russische Abteilung erteilte im Jahre 1917: 378 Auskünfte, die folgende Sachgebiete betrafen:

1. Zwangsmaßregeln gegen feindlichen Grundbesitz,
2. Zwangsmaßregeln gegen feindliche Patente,
3. Zwangsmaßregeln gegen Handels- und Industrie-Unternehmungen,
4. Zwangsmaßregeln gegen den Besitz des feindlichen Auslandes an russischen Aktien und sonstigen Wertpapieren,
5. Rechtsschutz feindlicher Ausländer in Rußland,
6. Russischer Außenhandel,
7. Bestimmte russische Produktionszweige,
8. Marktlage in Rußland,
9. Verschiedenes.

Über englische Verhältnisse (einschl. derjenigen der englischen Kolonien) wurden im vergangenen Jahre schätzungsweise 600 Auskünfte erteilt; davon betrafen etwa 60 % die englischen Maßnahmen gegen deutsche Privatrechte.

Die restlichen etwa 100 Auskünfte entfallen ungefähr je zur Hälfte auf andere Länder und — Vorzeichen der Friedenswirtschaft — auf Gebiete binnenwirtschaftlicher Natur, wie Rohstoffeinfuhr, Kanalfragen, Wiederaufbau, Schiffahrtsverhältnisse, Handelsstatistik und Produktionsstatistik Deutschlands.

Diese Aufstellung ergibt, daß die Auskunftstätigkeit des Instituts im Kriege in bestimmter Richtung verläuft und der in Friedenszeiten zu erwartenden Differenzierung in bezug auf Länder und Sachgebiete nachsteht. Darin zeigt sich zugleich, daß das Institut im Hinblick auf diese Wirksamkeit stark anpassungsfähig sein muß, um auch besonderen Bedürfnissen der Praxis gewachsen zu sein.

Die einzelnen Auskünfte nehmen oft viel Zeit und Mühe in Anspruch. Nicht selten kommt es vor, daß tage- und wochenlang Untersuchungen angestellt werden müssen, um zur klaren Einsicht in die in Betracht kommenden Zusammenhänge vorzudringen. In anderen Fällen wieder kann die Auskunft sozusagen „aus dem Kasten genommen werden". Je intensiver die Auskunftstätigkeit des Instituts wird, um so zahlreicher werden die letzteren Fälle, weil die Rohmaterialien auf immer mehr Gebieten verarbeitete Gestalt annehmen.

Unter den oben statistisch erfaßten Auskünften sind die Anfragen, die aus der wissenschaftlichen Welt kommen, nicht einbegriffen. Auch sie nehmen ständig größeren Umfang an und gehen zuweilen sogar reichlich weit. Desgleichen sind überwiegend nicht aufgenommen die Anfragen von Behörden, militärischen und ähnlichen Stellen, die sich im Bedarfsfalle gleichfalls häufig an das Institut wenden.

Die Auskunftstätigkeit des Instituts beschränkt sich jedoch nicht darauf, auf Anfragen Bescheid zu geben, sondern verschickt auch ungefragt Auskünfte, und zwar an die nach bestem Ermessen ermittelten Stellen, seien es nun Behörden, Korporationen oder Einzelfirmen. Zum Teil geschieht dies durch die „Nachrichtenabteilung" des Instituts brieflich, zum Teil durch vervielfältigte Rundschreiben, überwiegend aber durch den eigentlichen Nachrichtendienst: die „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" (bis zum 31. Dezember 1917 „Kriegswirtschaftliche Nachrichten"). Diese werden dreimal wöchentlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgegeben. Bis zum 31. Dezember 1917 erschienen sie in vier Abteilungen: Feindliche Länder, Neutrale Länder, Verbündete Länder, Deutschland. Diese Art der Herausgabe bedingte eine verhältnismäßig langsame Bereitstellung der Nachrichten, da mit dem Druck jeweils gewartet werden mußte, bis genügend Material für eine Nummer vorhanden war. Unter den durch den Krieg herbeigeführten Verhältnissen ist dies jedoch nicht von besonderer Bedeutung, weil die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen sich für die deutsche Geschäftswelt auf ein Minimum reduziert hat und schnelles Handeln zumeist sowieso unmöglich ist. In Friedenszeiten ist dies indessen

anders, weil dann neben der Güte der Nachricht alles auf deren schnelle Vermittlung ankommt. Auf diesen Zustand mußte das Institut sich rechtzeitig vorbereiten, und deshalb ist seit dem 1. Januar 1918 die länderweise Einteilung der Nummern der „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" aufgehoben worden. Auch stofflich sind sie so erweitert, daß sie mehr und mehr den Anforderungen an einen universellen Nachrichtendienst zu entsprechen vermögen.

Das Institut ist bestrebt, seine Nachrichtenabteilung planmäßig weiter auszubauen. Ein hierauf bezügliches Programm ist festgelegt und wird nach und nach verwirklicht werden.

Es ist gelegentlich die Frage aufgeworfen worden, ob das Institut nicht besser auf den Nachrichtendienst verzichte und ihn privaten Organisationen überlasse. Die Erfahrung hat gelehrt, daß dies ein Irrtum ist. Ein wirtschaftlicher Nachrichtendienst muß absolut objektiv und von jeglichem Einfluß der Interessenten frei sein. Selbst die theoretische Möglichkeit der Beeinflussung muß unter allen Umständen ausgeschaltet werden denn nur dann erfreut der Nachrichtendienst sich gleichmäßigen Vertrauens in allen Kreisen des Wirtschaftslebens. So richtig es nun ist, daß auch ein privater Nachrichtendienst sich strengster Objektivität befleißigen kann (es gibt dafür in Deutschland mehrere Beispiele), so hat er doch ständig gegen das Mißtrauen derjenigen Kreise zu kämpfen, die an seiner Herausgabe weniger oder gar nicht beteiligt sind. Die Beobachtung lehrt dies recht deutlich.

Gegenüber einem wissenschaftlichen Institut fallen solche Hemmungsmomente von vornherein weg. Die Objektivität ist durch sein Wesen verbürgt, und jeglicher Einfluß von Interessenten und Interessentenkreisen ist ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde ist ein Institut wie das Kieler die gegebene Vermittlungsstelle wirtschaftlicher Nachrichten.

Dazu kommt, daß das Institut den Nachrichtendienst mit dem verhältnismäßig geringsten Aufwand von Mitteln durchzuführen vermag, weil es den größten Teil der hierfür benötigten Materialien für seine Forschungsarbeit sowieso beschaffen muß. Es handelt sich im wesentlichen um eine weitere Ausnutzung vorhandener Quellen. Auch die Zahl der Mitarbeiter kann verhältnismäßig kleiner sein als bei einer Organisation, die nur für den Nachrichtendienst aufgebaut ist, weil die Möglichkeit der Kombination von Tätigkeiten vorliegt und planmäßig ausgenutzt werden kann.

Die Befruchtung der Praxis erfolgt jedoch auch durch die wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts in engerem Sinne. Die in den Institutspublikationen, dem „Weltwirtschaftlichen Archiv“, den „Problemen der Weltwirtschaft“ und in den „Kriegswirtschaftlichen Untersuchungen“, niedergelegten Forschungsergebnisse sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Die durch sie geförderte Einsicht in das Wesen wirtschaftlicher Tatsachen und Tatsachenzusammenhänge kommt auch der Praxis in erheblichem Maße zustatten. Ein Blick auf das im „Anhange“ dieser Schrift veröffentlichte Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts veranschaulicht dies deutlich genug.

III.

Die Finanzgebarung des Instituts und die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Das Institut ist eine staatliche Anstalt. Paragraph 2 der „Grundsatzung" sagt darüber das Folgende: „Das Institut ist ein der Universität angegliedertes Forschungs- und Lehrinstitut. Es untersteht dem königl. preußischen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten; seine Verwaltung erfolgt nach den für preußische Universitätsinstitute bestehenden Vorschriften und Grundsätzen." Demgemäß ist ihm auch im preußischen Haushaltungsetat eine Position eingeräumt. Insgesamt beträgt der etatsmäßig festgelegte jährliche Zuschuß 9400 ℳ. Im Verhältnis zum Bedarf ist das gewiß eine kleine Summe, jedoch ist zu bedenken, daß sie, wie eingangs schon bemerkt, über die den wirtschaftswissenschaftlichen Seminaren und Instituten sonst gewährten staatlichen Zuschüsse erheblich hinausgeht. Zum ersten Male ist hier grundsätzlich die zu den naturwissenschaftlichen Instituten hinführende Finanzgebarung zur Anwendung gekommen. Zu beachten ist aber auch, daß die staatlichen Aufwendungen sich mit der genannten Leistung nicht erschöpfen. Hinzu kommen die an beauftragte Dozenten zu bezahlenden Gehälter und die Erstattung der sehr erheblichen Pauschalgebühr an die Reichspost für die dem Institut zustehende Portofreiheit. Es ist zu hoffen, daß die staatlichen Aufwendungen für Lehrkräfte sich in den nächsten Jahren schnell steigern werden.

Immerhin würde mit diesen Mitteln das Institut nur in allerbescheidenstem Umfange betrieben werden können. Dies zeigt ein Blick auf die Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben des Instituts seit seiner Begründung:

Die Ausgaben des Instituts:

Etatsjahr (1. April—31. März)	Ausgaben	
1913/14	39 688	ℳ
1914/15	44 832	„
1915/16	77 230	„
1916/17	241 382	„
1917/18 (Voranschlag)	380 000	„
1918/19 (Voranschlag)	519 200	„

Da das Etatsjahr 1917/18 erst am 31. März 1918 abläuft, ist der Voranschlag eingesetzt. Für 1918/19 handelt es sich um den im Dezember 1917 aufgestellten und bewilligten Etat für das am 1. April 1918 beginnende Geschäftsjahr. Er setzt sich im einzelnen wie folgt zusammen:

I.

Personal-Bedarf:

A. Verwaltung (Aufwandsentschädigung für den Stellvertretenden Direktor)	6 000	ℳ
B. Wissenschaftliches Personal	116 800	„
C. Mittleres Personal	106 500	„
D. Niederes Personal	8 300	„
E. Vorübergehend eingestelltes Personal	5 000	„
F. Auswärtige Mitarbeiter und Korrespondenten	15 000	„
	257 600	ℳ

II.

Sachlicher Bedarf:

A. Bücher	20 000	ℳ
B. Zeitungen, Zeitschriften, Zeitungsausschnitte	30 000	„
C. Buchbinder	17 000	„
D. Druckkosten	135 000	„
E. Kanzlei-Utensilien	20 000	„
F. Porto, Telephon, Telegramme	5 000	„
G. Inventar	9 000	„
H. Allgemeine Verwaltungskosten	2 000	„
I. Hausverwaltung	13 000	„
K. Miete	5 600	„
L. Sonstiges und Unvorhergesehenes	5 000	„
	261 600	ℳ

Zusammenstellung:

I. Personalbedarf	257 600 Mark
II. Sachlicher Bedarf	261 600 „
	519 200 Mark

Der Beharrungszustand ist mit der zuletzt genannten Summe noch nicht erreicht. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß das Institut schon in absehbarer Zeit einen Etat von rund einer Million Mark benötigt. In dieser Summe sind jedoch die vom Staat zu bezahlenden Gehälter für Dozenten usw. nicht einbegriffen.

Wie werden die benötigten Mittel aufgebracht? Durch die „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft". Diese Gesellschaft ist im Dezember 1913 gegründet worden. Ihr Protektor ist Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen, ihr Präsident der Kaufmann H. Diederichsen (Kiel-Hamburg). Die „Gesellschaft" hatte bei ihrer Gründung sieben Mitglieder. Zwei Monate später, am Tage der Einweihung des Instituts, betrug die Zahl 96; bis zum Beginn des Krieges war sie auf annähernd 200 gestiegen. Seit der Zeit hat die Mitgliederzahl sich außerordentlich schnell vermehrt. Am 1. Januar 1916 waren es 469, am 1. Januar 1917: 2508, am 1. Januar 1918: 4093. Auch seitdem sind schon wieder annähernd 125 Mitglieder hinzugekommen. Die Höhe des jährlichen Mitgliederbeitrages ist in der Weise freiem Ermessen anheimgestellt, daß der Mindestbeitrag 100 Mark beträgt. Die Mehrheit der Mitglieder beschränkt sich auf diesen Mindestbeitrag, doch werden, wie der Etat zeigt, auch erheblich höhere Beiträge geleistet.

Es ist zu erwarten, daß die „Gesellschaft" es im Laufe der Jahre zu 10 000 Mitgliedern bringt und damit einen Beharrungszustand erreicht. Wie die Mitglieder sich beruflich und territorial differenzieren, wird weiter unten in anderem Zusammenhang dargelegt werden.

Die „Gesellschaft" ist ein eingetragener Verein. Nach Paragraph 1 ihrer Satzungen ist es ihre einzige Aufgabe, das „Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen". An ihrer Spitze steht der „Präsident", der „Vorstand" der Gesellschaft im Sinne der §§ 26 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches ist. Ihm steht ein „Verwaltungsrat" zur Seite, der sich mindestens aus 7, höchstens aus 30 Mitgliedern zusammensetzt. Ein weiteres Organ ist die „Ordentliche Mitgliederversammlung". Zurzeit besteht der Verwaltungsrat aus 25 führenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens. Der kgl. preußische

Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten ist im Verwaltungsrat durch einen Delegierten vertreten, zurzeit durch den Kurator der Universität Kiel, Herrn Konsistorial-Präsidenten Dr. Müller. Ihm stehen die gleichen Rechte zu wie den gewählten Mitgliedern des Verwaltungsrats.

Diese Art der Finanzierung eines Universitätsinstituts mag zunächst gewissen Bedenken begegnen. Ihnen hat früher schon einmal die „Leipziger Volkszeitung" Ausdruck gegeben. Neuerdings hat es der Leipziger Professor Dr. Karl Bücher getan. In beiden Fällen ist es unter völliger Verkennung oder tendenziöser Darstellung des Sachverhalts geschehen, so daß es nicht lohnt, darauf einzugehen. Wohl aber dürften einige grundsätzliche und tatsächliche Bemerkungen zum Problem selbst am Platze sein.

Die Bedenken, die einer Kombination wie der Kieler entgegengebracht werden können, gründen sich darauf, daß hier unter Umständen Interessenten auf Forschung und Lehre an deutschen Universitäten Einfluß zu gewinnen vermöchten. Von vornherein ist solche Befürchtung gewiß nicht von der Hand zu weisen, denn warum sollten im Zeitalter der Interessenwirtschaft gewisse Kapitalisten, die Zeitungen kaufen und sich die öffentliche Meinung auch sonst mit Geldmitteln dienstbar zu machen versuchen, vor dem Gedanken zurückschrecken, nach amerikanischem Muster auch die Universitäten zu „kontrollieren". Jeder Kenner deutscher Verhältnisse sollte sich allerdings sofort sagen, daß die Universitäten solche Versuche ohne Ausnahme gebührend brandmarken würden, so daß sie zum zweiten Male kaum wiederholt werden könnten. Aber schließlich braucht's nicht gleich ein „Kontrollieren" im Sprachgebrauch des Trustwesens zu sein. Ein bißchen Beeinflussung tut's am Ende auch, sei's schließlich nur in dem Sinne, daß „unliebsame Wahrheiten" verschwiegen werden. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß es auch in Deutschland Interessenkreise gibt, die sich ein so gestaltetes Verhältnis zur Universität etwas kosten lassen würden. Daß sie jedoch in irgendeinem Falle sich ernstlich vorgewagt oder gar Erfolg gehabt hätten, muß energisch bestritten werden. Es gibt keine Universität in Deutschland, die solchem Treiben, selbst wenn einzelne Professoren es kurzsichtig und gutgläubig hinnähmen, nicht mit elementarer Wucht ein Ende machen würden. Wer das verkennt, hat vom wahren Wesen der deutschen Universitäten nicht einen Hauch verspürt.

Jedenfalls sei eines mit aller Bestimmtheit gesagt: Der Schreiber dieser Zeilen hat von der Mission freier und unabhängiger wissenschaftlicher Forschung und Lehre eine so hohe Meinung, daß er lieber sein

ganzes Lebenswerk in Trümmer schlagen würde, als daß er seinem inneren Verhältnis zur Wissenschaft irgend etwas vergäbe. Dies gilt nach beiden Richtungen: gegenüber dem Staat, wie gegenüber privaten Personen oder Korporationen. Er nimmt für sich in Anspruch, solche Auffassung durch die Tat oft genug bekundet zu haben. Deshalb ist es ganz selbstverständlich, daß die von ihm angeregte Gesellschaft von Freunden des Kieler Instituts eine Form der Betätigung erhalten hat, die zu berechtigten Bedenken keinen Anlaß gibt.

Es könnte freilich die Frage aufgeworfen werden, ob es, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, schließlich nicht doch besser gewesen wäre, auf die Mithilfe der Praxis zu verzichten. Als Verfasser sich mit dem Gedanken der besonderen Art der Finanzierung seines Instituts vertraut machte, sprach er gelegentlich mit einem jüngeren Kollegen darüber. Dieser sagte ihm: „Wenn Ihnen heute jemand 10 Millionen Mark gäbe, brauchten Sie doch die ganze ‚Gesellschaft' nicht. Damals stimmte ich dem zu. Heute hingegen würde ich auf die „Gesellschaft" auch dann nicht verzichten mögen, wenn dem Institut 20 Millionen Mark Kapital zur Verfügung stünden. Aus dem einfachen Grunde, weil eine zweckmäßigere Form für die Befruchtung wissenschaftlicher Arbeit durch die Praxis, wie sie für wirtschaftswissenschaftliche Forschung unerläßlich ist, nicht gefunden werden kann. Darüber ist im ersten Abschnitt dieser Schrift schon das Nötige gesagt worden. Selbst wenn der finanzielle Gesichtspunkt völlig zurückträte, würde die „Gesellschaft" dennoch zu Recht bestehen und der wissenschaftlichen Forschung des Instituts ein Fundament geben, das auf andere Weise schlechterdings nicht zu legen ist.

Nicht minder wichtig ist freilich die finanzielle Grundlage, die dem Institut durch die „Gesellschaft" gewährleistet ist. Wie die Dinge liegen, muß es als gänzlich ausgeschlossen gelten, daß der Staat, vor allem nach dem Kriege, für wissenschaftliche Institute so große Mittel beschaffen kann, wie sie objektiv nötig sind. Es ist deshalb gewiß zu begrüßen, wenn private Geldgeber sich hier uneigennützig zur Verfügung stellen. Nun findet vermutlich niemand etwas darin, wenn sich eine Gesellschaft zur Förderung eines botanischen, chemischen, physikalischen oder eines ähnlichen Universitätsinstituts bilden würde. Dasselbe gilt vermutlich für akademische Kliniken, Kunsthallen und dergleichen. Und doch könnte auch darin ein Haar gefunden werden, weil es sehr wohl denkbar wäre, daß gewisse Kreise des Wirtschaftslebens bestimmte Forschungen förderten, um deren Ergeb-

nisse in ihren Betrieben privatwirtschaftlich zu verwerten. In Wirklichkeit sind derlei Vorwürfe aber nicht laut geworden. Nur bei den Wirtschaftswissenschaften wittert man die Gefahr, und zwar deshalb, weil sie zur Politik in Beziehung stehen. Man fürchtet, daß die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften bestimmten sozialpolitischen oder wirtschaftspolitischen Richtungen zugänglich gemacht werden könnten.

Es ist zuzugeben, daß hierfür theoretisch die Voraussetzungen vorliegen, sofern es sich um Vertreter der Wirtschaftswissenschaft handelt, die ihre Aufgabe darin erblicken, über aktuelle Tagesfragen der Politik und des Wirtschaftslebens zu räsonnieren, und keine Ruhe finden, bevor sie nicht an irgendeiner Stelle ihre „Meinung" von sich gegeben haben, wobei sie selbstverständlich mit der ganzen Autorität der Wissenschaft auftreten und dieser unendlichen Schaden zufügen. Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade notorisch unexakte Sozialökonomen sich in der Warnung vor „entsittlichender" Berührung mit der Praxis nicht genug tun können. Ihnen möge das Zugeständnis gemacht werden, daß sie theoretisch in der Tat jener Versuchung gegenüberstehen, um welche ihnen bange ist.

Die exakte Wirtschaftswissenschaft hingegen läuft nicht einmal theoretisch Gefahr, jener Versuchung zu erliegen. Sie treibt um des Prinzips willen keine Politik und kann deshalb vor irgendeinen Interessentenwagen nicht gespannt werden. Deshalb sei hier wiederholt, was in anderem Zusammenhange schon betont wurde, daß eine Verbindung von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis, wie das Kieler Institut sie anstrebt, nur da möglich ist, wo die Wirtschaftswissenschaft sich auf exakte Beschreibung von Tatsachen und Tatsachenverbindungen, auf Analyse und Kausalforschung beschränkt, alles andere aber denen überläßt, die es angeht. Dazu gehört viel Entsagung. Der Diener am heiligen Geist der Wissenschaft muß sie aufbringen. Kann er es nicht, so soll er zwischen Wissenschaft und Journalismus reine Bahn machen, mit welcher Feststellung selbstverständlich nichts anderes beabsichtigt ist, als auf das in diesem Begriff grundverschiedene Wesen von politischem Journalismus und exakter wissenschaftlicher sozialökonomischer Forschung ausdrücklich hinzuweisen. Die Kieler Arbeitsgemeinschaft übt diese Entsagung und sichert sich damit die vornehmsten Bedingungen inniger Beziehung zur Praxis.

Restlos ist das Problem damit freilich noch nicht gelöst. Es wäre immerhin denkbar, daß ein von privaten Geldgebern unterstütztes wissen-

schaftliches Institut, mehr oder weniger unbewußt, bestimmten, seinen Gönnern unliebsamen Forschungen aus dem Wege ginge oder gar veranlaßt würde, es zu tun. Der sicherste Schutz hiergegen ist natürlich die Persönlichkeit des Institutsleiters, die unter allen Umständen stark genug sein muß, um sich so durchzusetzen, wie sie ist. Im übrigen kommt alles auf die Organisation der finanziellen Unterstützung an.

Eines ergibt sich da von selbst: es ist unerwünscht, daß ein kleiner Kreis von Personen mit gleichen Interessen einem wissenschaftlichen Institut die finanzielle Grundlage sichert. Noch weniger ist es angängig, daß etwa ein wirtschaftlicher Verband oder gar eine politische Partei das Institut fundiert. Zu erstreben ist vielmehr ein möglichst großer Personenkreis aus allen Schichten des Sozial- und Wirtschaftslebens. Je mehr dieser Forderung genügt wird, desto unwahrscheinlicher ist es, daß mit der Unterstützung des Instituts diesem wesensfremde Absichten verbunden werden.

Das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft hat von vornherein entsprechend gehandelt. Die zu seiner Förderung errichtete Gesellschaft ist als solche eine reine Finanzgesellschaft, die auf den Betrieb des Instituts keinen Einfluß hat. In der „Grundsatzung" des Instituts heißt es ausdrücklich (§ 4): „Die geschäftliche und wissenschaftliche Leitung des Instituts liegt dem Direktor ob, der vom Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten ernannt wird." Damit korrespondierend sagt § 10 der Gesellschaftssatzung: „Die von der Gesellschaft dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft überwiesenen Geldmittel sind als dem Institut gewährte laufende Beiträge anzusehen. Über ihre Verwendung entscheidet nach Maßgabe der hierfür bestehenden gesetzlichen oder ministeriellen Vorschriften ausschließlich der Direktor des Instituts." Es steht somit der Gesellschaft ein Recht, in den Betrieb des Instituts selbst einzugreifen oder gar auf dessen wissenschaftliche Arbeiten bestimmenden Einfluß zu üben, nicht zu.[1])

Im übrigen umfaßt die „Gesellschaft", wie schon bemerkt, mehr als 4000 Mitglieder. Diese verteilen sich auf alle deutschen Staaten und Landesteile, was sich aus dem nachstehenden Überblick ergibt:

1) Die Grundsatzung des Instituts und die Satzung der Gesellschaft sind in den „Anlagen" zu dieser Schrift abgedruckt.

Die Verteilung der Gesellschaftsmitglieder auf Staaten und Landesteile am 1. Januar 1918.

Königreich	Preußen		2100
	davon in Brandenburg	620	
	Hannover	153	
	Hessen-Nassau	167	
	Ostpreußen	28	
	Pommern	41	
	Posen	12	
	Rheinprovinz	490	
	Sachsen	150	
	Schlesien	102	
	Schleswig-Holstein	108	
	Westfalen	152	
	Westpreußen	17	
Königreich	Bayern		200
„	Sachsen		459
„	Württemberg		201
Großherzogtum	Baden		142
„	Hessen		47
„	Sachsen-Weimar		38
„	Oldenburg		23
„	Mecklenburg-Schwerin		19
„	Mecklenburg-Strelitz		1
Herzogtum	Braunschweig		20
„	Anhalt		24
„	Sachsen-Meiningen		11
„	Sachsen-Koburg-Gotha		27
„	Sachsen-Altenburg		9
Fürstentum	Lippe		5
„	Schwarzburg-Rudolstadt		9
„	Schwarzburg-Sondershausen		3
„	Reuß j. L.		10
„	Schaumburg-Lippe		1
„	Reuß ä. L.		13
die Freie und Hansestadt Hamburg			502
„ Freie Hansastadt Bremen			126
„ Freie und Hansestadt Lübeck			31
das Reichsland Elsaß-Lothringen			27
„ Ausland und die okkupierten Gebiete			45
		zusammen	4093

Nicht minder differenziert ist die berufliche Zusammensetzung. Eine genaue Statistik ist darüber bis jetzt nicht aufgemacht worden. Ein Blick in das Mitgliederverzeichnis lehrt jedoch, daß keine Gruppe des deutschen Wirtschaftslebens überwiegt. Alle Zweige der Industrie und des Handels sind ziemlich gleichmäßig vertreten. Es gehörte viel Phantasie dazu, wenn aus diesem Personenkreis eine „wirtschaftspolitische Interessentengruppe" konstruiert werden sollte. Gewisse Lücken weist das Mitgliederverzeichnis allerdings noch auf. Die nach falschem Sprachgebrauch als „Schwerindustrie" bezeichnete Wirtschaftsgruppe ist in ihm verhältnismäßig gering vertreten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft, doch liegt dies daran, daß das Institut mit den Vertretern der Landwirtschaft noch nicht die geplante Fühlung genommen hat. Es wird dies indessen nunmehr geschehen, denn aus prinzipiellen und sachlichen Gründen legt das Institut Wert darauf, die von ihm erstrebte wechselseitige Befruchtung mit der Praxis gerade auf die Landwirtschaft auszudehnen. Selbstverständlich ist es auch durchaus erwünscht, daß die Organisationen von Angestellten und Arbeitern der „Gesellschaft" als Mitglieder beitreten.

Im übrigen setzt der Mitgliederkreis der „Gesellschaft" sich keineswegs bloß aus Erwerbstätigen in Industrie, Landwirtschaft und Handel zusammen, sondern umfaßt auch Angehörige fast aller anderen Berufe, zum Beispiel Gelehrte, Beamte und Offiziere. Ferner gehören zu den Mitgliedern das Königlich Sächsische Ministerium des Innern, der Hohe Senat der Freien und Hansestadt Lübeck sowie zahlreiche Behörden, Ämter und halböffentliche Verbände, darunter mehr als achtzig Handelskammern.[1]) Es ist das Bestreben, diese Mitglieder möglichst zu vermehren. Das Ziel ist hierbei, nicht nur die Regierungen aller deutschen Staaten, sondern auch eine möglichst große Zahl von Gemeinden der Arbeits- und Ideengemeinschaft des Instituts zuzuführen.

Kurzum, die „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft" ist alles andere als eine „Interessentengruppe", die in die heiligen Hallen der Wissenschaft eindringen möchte, um hier ihre privaten Interessen gefördert zu sehen.

Mit Recht könnte allerdings die Frage aufgeworfen werden, welches denn nun die Motive für den Beitritt einer so großen Zahl von Mitgliedern gewesen sind und noch sind. Die Antwort ist einfach genug. Für

[1]) Das Mitgliederverzeichnis ist gedruckt und steht auf Wunsch gern zur Verfügung.

zahlreiche Mitglieder lag und liegt ein ausgesprochen ideelles Interesse in dem Sinne vor, daß die Absicht besteht, weltwirtschaftliche Forschung und Lehre zu fördern. Im übrigen handelt es sich um den Gesichtspunkt, der auf diesen Blättern in verschiedenem Zusammenhang zur Erörterung gekommen ist: um das Zusammenarbeiten von Wirtschaftspraxis und Wirtschaftswissenschaft im Interesse des großen Ganzen, zu dem ja jeder einzelne gehört und mit dem er sich verbunden fühlt. Es ist das Assoziationsprinzip, das hier auf einem bestimmten Gebiet zur Geltung kommt und durch den Krieg mächtige Impulse empfangen hat. Nicht zuletzt steht der Wille dahinter, Wirtschaft und Kultur des deutschen Volkes einer Welt von Feinden zum Trotz zu behaupten und den Lebensbedingungen von Volk und Nation gemäß fortzuentwickeln. Der darin zum Ausdruck kommende „Egoismus" ist nicht nur einwandfrei, sondern wird an sittlicher Größe von kaum einem anderen, das Leben bejahenden Prinzip überragt. Diese Behauptung besteht selbst dann zu Recht, wenn solcherweise auch der einzelne hofft und erwartet, daß die Rückwirkung vom Ganzen auch ihn in seiner Berufsarbeit fördert. Da die Berufstätigkeit in Landwirtschaft, Handel und Industrie das Sittliche in sich selbst trägt — wenn diese Grundanschauung stürzt, ist es mit Staat, Kultur und Zivilisation vorbei —, ist es selbstverständliche Pflicht, daß jeder einzelne seine Arbeit zum höchsten Erfolge führt, der innerhalb der Grenzen, die die menschliche Gesellschaft sich durch Sitte und Gesetz gezogen hat, erzielt werden kann.

Dem hier vorgetragenen Gedankengang hat der Präsident der Gesellschaft zur Förderung des Kieler Instituts im „Zweiten Geschäftsbericht" der „Gesellschaft" mit den folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Andererseits haben wir freilich auch die Überzeugung, daß die Wirtschaftswissenschaft, auf die wir angewiesen sind, sich nach dem Vorbild der Naturwissenschaften der engeren Fühlungnahme mit der Praxis befleißigen muß, um vor theoretischen Lehrgebäuden, die des sicheren Fundaments einwandfreien Erfassens der Tatsachen entraten, bewahrt zu bleiben. Aus dieser Auffassung ist gelegentlich der Vorwurf abgeleitet worden, daß die Führer des deutschen Wirtschaftslebens eine Wissenschaft beanspruchten, die ihren ‚Interessen diene' und dem ‚Kapitalismus die Steigbügel halte'. Dies ist in doppeltem Sinne ein Irrtum. Einmal verkennt solche Folgerung, daß ‚Unternehmerinteressen' zugleich ‚Unternehmensinteressen' sind und von deren Wahrnehmung die Blüte der Volkswirtschaft sowie das Wohlergehen und die gesunde Fortentwicklung des sozialen und staatlichen Lebens abhängig sind. Zum andern gibt es unzählige Beispiele dafür, daß gerade die deutschen

Unternehmer voraussetzungsloser Wissenschaft Ehrerbietung und Respekt entgegenbringen. Es bedarf dazu keineswegs des ausschließlichen Hinweises auf die Naturwissenschaften. Eine große Zahl von Lehr- und Forschungsstätten auf dem gesamten Gebiet der Geisteswissenschaften gibt auch Zeugnis davon, daß die Männer des praktischen Lebens sich ihrer Verpflichtungen gegenüber den Kulturaufgaben der Gegenwart bewußt sind."

In diesem Zusammenhang sei jener Formulierung der Aufgaben des Instituts Erwähnung getan, welche der Verwaltungsrat der „Gesellschaft" in einem Aufruf zur Sammlung von Beiträgen für das neue Haus des Instituts niedergelegt hat:

„Als Lehranstalt soll das Institut mithelfen, die heranwachsende Generation für ihre Aufgaben tüchtig zu machen. Die volks- und weltwirtschaftliche Ausbildung der künftigen Leiter gewerblicher und kaufmännischer Betriebe, der Wirtschaftsbeamten unserer privaten und gesetzlichen Interessenvertretungen, der Angehörigen des diplomatischen und konsularischen Dienstes und nicht zuletzt der großen Zahl von Beamten, die im Reiche und in den Bundesstaaten mit dem wirtschaftlichen und sozialen Leben in Berührung kommen und auf dessen Gestaltung Einfluß üben, ist — der Krieg hat es gelehrt — eine Aufgabe von überragender Bedeutung. Eine von Sachkenntnis getragene Wirtschaftspolitik im Innern und nach außen, die planmäßige Pflege und Förderung des Wirtschaftslebens und die zielbewußte Wahrnehmung deutscher Interessen im Auslande sind nur dann zu erreichen, wenn wir den Trägern dieser Tätigkeit das Rüstzeug geben, dessen sie bedürfen.

„Als Forschungsstätte soll das Institut in enger Fühlung mit der Praxis die wissenschaftliche Erforschung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in ihrem gesamten Umfange pflegen und fördern. Außerhalb aller Interessenkollisionen wird es solcherweise durch umfassende Kenntnisvermittlung von Tatsachen und Tatsachenzusammenhängen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens dazu beitragen, für planmäßiges praktisches Handeln auf allen Gebieten weltwirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen zu schaffen. Gesetzgebung und Verwaltung, amtliche und private Korporationen, und vor allem die gewerblichen Betriebe in Industrie, Landwirtschaft und Handel sollen im Kieler Institut eine Stätte finden, die ihnen die objektiven Ergebnisse wirtschaftswissenschaftlicher Forschung so darbietet, daß sie praktisches Tun zu fördern vermögen."

Ich glaube nicht, daß der zurückhaltendste Gelehrte eine einwandfreiere Formulierung der grundsätzlichen Bedeutung des Zusammenarbeitens von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis zu finden vermöchte, als sie hier gegeben ist.

Endlich aber sei nach diesen Auseinandersetzungen um des Gewissens willen, und weil ich es den Herren, mit denen ich nun seit Jahren zusammenarbeite, schuldig bin, noch das Folgende betont: Was hier theoretisch analysiert wurde, hat praktisch niemals Bedeutung gewonnen. Nicht ein einziges Mal ist auch nur der leiseste Versuch gemacht worden, die durch Satzung und gemeinsame Grundanschauung aufgestellten Grenzen zu überschreiten. Es ist im Gegenteil stets mit fast übertriebener Peinlichkeit auch der bloße Schein einer Beeinflussung der wissenschaftlichen Institutsarbeit vermieden worden. Unter der Führung des Präsidenten der „Gesellschaft" bekunden alle Beteiligten ein Maß von Ehrerbietung und Respekt vor wissenschaftlicher Forschung, das den Leiter des Instituts zu ehrlichem Dank verpflichtet und ihm das Zusammenarbeiten mit diesen Führern des deutschen Wirtschaftslebens zu einer Quelle nicht nur der Anregung und Belehrung, sondern auch herzlicher Freude werden ließ.

Ein Kernwort, das Max Warburg in Hamburg, Mitglied des Verwaltungsrats, dem Kieler Professor im Hinblick auf die bevorstehende Grundsteinlegung übermittelte, möge diese Darlegungen schließen:

„Männer der Wissenschaft und Männer der Wirtschaftsführung können sehr wohl Hand in Hand arbeiten: Nur müssen die wissenschaftlichen Institute, in denen das Wirtschaftsleben beobachtet wird, dabei unter sich die richtige Arbeitsteilung finden, damit nicht Mittel und Kräfte in unkaufmännischer Weise verbraucht werden. Industrie und Handel sollten aber nie versuchen, die Wissenschaft unmittelbar zu beeinflussen, wie sich auch die Wissenschaft selbst in ihren Schlußfolgerungen von den Tagesströmungen nicht beeinflussen lassen darf.

In diesem Sinne: ‚viribus unitis'."

Das entspricht bis zum Punkte über dem „i" der Auffassung, zu der das Institut sich bekennt.

Die Organisationsnormen für das Zusammenarbeiten des Kieler Instituts mit der zu seiner Förderung errichteten Gesellschaft haben ihre endgültige Form naturgemäß noch nicht gefunden. Sie können erst allmählich jene Gestalt annehmen, welche als Beharrungszustand erwünscht ist. Auch die vom Institut erstrebten Grenzen für die Einflußsphäre des Staates können nur nach und nach abgesteckt werden. Äußerer Anlaß

ist dazu einstweilen überhaupt nicht vorhanden, denn das preußische Kultusministerium hat, wie schon bemerkt, das Institut nicht nur von Anfang an auf jede überhaupt denkbare Weise gefördert, sondern auch dessen Leiter in den Anfangszeiten, als weise Menschen den Kopf schüttelten und dem Kieler Professor entweder wohlwollend „überbrausende Jugend" zugute hielten oder aber ihn weniger wohlwollend für phantastisch und absurd erklärten, mit so unbedingtem Vertrauen den Weg geebnet und seine Pläne gegen alle Gefährnisse in so sicheren Schutz genommen, daß er es bis an sein Lebensende nicht vergessen wird.

Doch auch Staaten und Ministerien werden von Menschen geleitet, unterstehen Zeit- und später vielleicht auch Parteieinflüssen, die unberechenbar sind. Deshalb darf in dem einen wie in dem anderen Falle eine Institution, deren Lebensbedingung die Unabhängigkeit ist, sich nicht durch ihr günstige Umstände der Gegenwart dazu verleiten lassen, etwaiger andersgearteter Zukunft hilflos gegenüberzustehen. Zwar muß die Verbindung mit dem Staat für alle Zeiten aus demselben Grunde aufrechterhalten werden, der Ernst Abbe in Jena veranlaßt hat, die „Carl Zeiß-Stiftung" mit dem Staat Sachsen-Weimar zu verbinden. Aber gewisse Sicherungen sind nötig, wenn diejenigen, welche dem Werk ihr Leben geweiht haben, es dereinst mit gutem Gewissen den Kommenden überantworten wollen.

Der erste Schritt, der getan werden muß, um für das Institut gegenüber Staat und „Gesellschaft" die Erhaltung seiner Wesensart für alle Zeit gewährleistet zu sehen, ist die Überführung des Instituts in die Rechtsform der juristischen Person. Das Institut muß eine eigene Korporation des privaten und öffentlichen Rechts werden. Gewiß ist dies Problem nicht leicht zu lösen, weil die Verbindung mit der Universität unter allen Umständen gewahrt werden soll. Aber neue Bedürfnisse des materiellen und kulturellen Lebens finden schließlich auch die sie meisternde Rechtsform.

Das Institut als juristische Person hat zugleich den Vorzug, eigener Vermögensträger zu sein. Daß dies unerläßlich ist, war von Anfang an die Meinung der Förderungsgesellschaft, ihres Präsidenten und ihres Verwaltungsrats. Sie kam schon gleich nach der Gründung dadurch zum Ausdruck, daß das dem Institut zur Verfügung gestellte Haus nicht in das Eigentum der „Gesellschaft" überging, sondern auf den Namen der Universität eingetragen wurde. Die „Gesellschaft" als solche sammelte bis jetzt überhaupt kein Vermögen, sondern überantwortete ihre gesamten Einnahmen dem Institut, d. h. unter den jetzigen Rechtsverhältnissen dem Staat. Sie

hat auch ihrerseits den Wunsch, daß das Institut eigener Vermögensträger wird, dem als Grundstock das neue Gebäude mit allem, was es enthält, zugewiesen werden kann. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die rechtlichen Voraussetzungen hierfür in den nächsten Jahren, d. h. noch vor der Einweihung des neuen Hauses, gesichert sein werden.

Welche innere Organisation das Institut dann erhält, steht noch nicht fest. Da ist einstweilen alles im Fluß. Eines allerdings ist als Richtziel ins Auge zu fassen: Es darf die Leitung des Instituts nicht dauernd auf zwei Augen ruhen. Wenn auch naturgemäß eine führende Persönlichkeit als Spitze immer unentbehrlich ist, so muß doch ein „Kuratorium" die Kontinuität verbürgen und das Institut vor unliebsamen Experimenten schützen. Selbstverständlich kann dies Kuratorium nicht durch Außenstehende, sondern muß allein durch im Institut Tätige oder der weiteren Universität Angehörige gebildet werden. Die allgemeine Aufsicht hingegen hat beim Staat zu liegen.

Solange das Institut jedoch noch in der Entwicklung begriffen ist und sein Leben täglich neu erobern muß, wird alles auf die persönliche Initiative des Leiters ankommen, der deshalb einstweilen noch das denkbar größte Maß von Bewegungsfreiheit und das hierfür erforderliche Vertrauen in Anspruch nehmen muß. Insonderheit ist es seine Pflicht, das lebendige Interesse der Förderer des Instituts dahin zu lenken, daß außer den Mitteln für den Neubau im Laufe der Zeit ein so großes Stiftungskapital zusammengebracht wird, daß nach menschlichem Ermessen das Existenzminimum des Instituts für alle Zeit aus Zinserträgen gesichert ist. Schenkt ihm das Schicksal noch eine Reihe von Jahren Leben und Kraft, so hofft er, unter der Voraussetzung, daß seinem „Präsidenten und Freunde" ein Gleiches beschieden ist, dies Ziel zu erreichen. Damit betrachten beide ihr Werk dann als abgeschlossen und werden dessen Fortführung hoffnungsfreudig den Kommenden überantworten.

IV.

Das neue Haus.

Das „Staatswiſſenſchaftliche Seminar“, der Vorläufer des Inſtituts, hatte im Univerſitätsgebäude einen Raum. Im Winterſemeſter 1908/09 mietete das Kultusminiſterium in einem Privathauſe vier Räume, die kurz darauf um drei vermehrt wurden. Das jetzige Inſtitut erhielt, noch bevor es offiziell ins Leben trat, von Freunden weltwirtſchaftlicher Forſchung ein eigenes Haus geſchenkt, das im Januar 1914 bezogen wurde. Schon damals ſtand feſt, daß es trotz der Weite ſeiner Räume den Bedürfniſſen nicht lange genügen würde, doch war anzunehmen, daß für fünf Jahre der nötige Spielraum gewonnen ſei. Das bis ins Kleinſte ausgearbeitete Projekt für die Erweiterung des Baus lag bei der Eröffnungsfeier fertig vor und ziert heute den Verwaltungsraum der Bibliothek. Die Verhältniſſe des Krieges haben die Berechnungen inſofern geſtört, als das Erweiterungsbedürfnis früher eintrat. Andernfalls würde es ſich ziemlich genau nach fünf Jahren geltend gemacht haben. Einſtweilen iſt der vorzeitig entſtandenen Notlage dadurch abgeholfen worden, daß in zwei benachbarten Gebäuden 16 Räume gemietet wurden.

Die Kriegsereigniſſe waren aber auch in dem Sinne entſcheidend, daß von der Ausführung des erſten Erweiterungsplanes nicht mehr die Rede ſein konnte, denn das alte Ideal eines Inſtituts, das, trotz allem, ſchließlich den Charakter des „Seminars“ behielt, mußte endgültig aufgegeben werden. Sobald dies erkannt war, ſind auf völlig anderer Baſis neue Pläne ausgearbeitet worden, deren Verwirklichung dem Inſtitut die Entwicklung in der dargelegten dreifachen Richtung gewährleiſtet (Forſchungsſtätte, Lehranſtalt, Auskunftsſtelle für die Praxis). Vorausſetzung für die richtige Raummittlung war die Feſtlegung der Organiſation des künftigen Inſtituts. Dieſe iſt auf Grund der bisher gemachten Arbeiten erfolgt. Sie ſpiegelt ſich am beſten in der Aufzählung der für den vollen

Betrieb vorgesehenen Abteilungen und des im Stadium des vollendeten Ausbaues benötigten Personals wider. Diese Übersicht möge hier Platz finden und damit zum ersten Male der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

A. Leitung.

1 Direktor. 1 Stellvertretender Direktor. 1 Direktorial-Assistent. 1 Verwaltungs-Assistent. 2 Sekretärinnen. 4 Schreibgehilfinnen.

B. Kanzlei und Buchhaltung.

1 Kanzleivorsteher. 2 Kanzlisten. 2 Rechnungsführer. 5 Kanzlistinnen. 2 Diener.

C. Bibliothek und Zeitschriften.

1 Oberbibliothekar. 1 Bibliothekar. 2 Assistenten. 2 Sekretärinnen. 8 Gehilfinnen. 1 Bibliotheksdiener.

D. Archive.

1 Oberarchivar. 3 Archivare. 5 Assistenten. 7 Kaufleute, Techniker und Chemiker. 15 Archiv-Gehilfinnen. 3 Sekretärinnen. 6 Schreibgehilfinnen. 25 Technische Gehilfinnen. 1 Buchbinder.

E. Statistische Abteilung.

1 Leiter. 3 Assistenten. 1 Sekretärin. 3 Rechner. 3 Schreibgehilfinnen. 1 Kartograph. 1 Gehilfe für Kartographie.

F. Nachrichtenabteilung.[1])

1 Leiter, 3 Redakteure, 12 Assistenten, 3 Sekretärinnen, 10 Übersetzer und Übersetzerinnen,[2]) 10 Schreibgehilfinnen.

G. Redaktion der Institutsschriften.

1 Redakteur, 2 Assistenten, 1 Sekretärin, 2 Redaktionsgehilfinnen, 2 Schreibgehilfinnen.

H. Wissenschaftliche Forschungsarbeit.

20—30 Dezernenten, Assistenten und wissenschaftliche Hilfsarbeiter.

I. Hausverwaltung.

1 Hauswart, 1 Heizer und Techniker, 10 Reinmachefrauen.

---

[1]) Der Mitarbeiterstab im Auslande ist hier nicht mitgerechnet.

[2]) Diese ressortieren von der Nachrichtenabteilung, sind jedoch für alle Abteilungen des Instituts tätig.

Über dies Personal hinaus benötigt das Institut zahlreiche Lehrkräfte, die zwar vom Staat anzustellen sind, bei der Ermittlung des Raumbedürfnisses jedoch in Betracht gezogen werden müssen.

Sollen die obengenannten Abteilungen mit ihrem Personal und ihrem sachlichen Apparat zweckdienlich untergebracht werden, so bedarf es einer räumlich sehr ausgedehnten baulichen Anlage, für die ein Minimum unerläßlich und ein gewisser Spielraum für Ausdehnungsmöglichkeiten dringend erwünscht ist. Für den Vollbetrieb, der in etwa 5—8 Jahren erreicht sein wird, werden benötigt:

A. Leitung.

1 Zimmer für den Direktor, 1 Zimmer für den Stellv. Direktor, 1 Zimmer für den Direktorialassistenten, je 1 Zimmer für Verwaltungs-Assistenten und Sekretärinnen, 1 Schreibstube.

B. Kanzlei und Buchhaltung.

1 großer Raum, 3 mittlere Räume, 1 Raum für Diener, 1 Wartezimmer.

C. Bibliothek und Zeitschriften.

Große Bibliothekssäle, 5—6 Arbeitszimmer für Bibliothekare, Assistenten, Sekretärinnen und Gehilfinnen.

D. Archive.

Große Archivsäle, mittlere Räume für Kleberinnen und Sortiererinnen, 10—15 Räume für wissenschaftliches Personal der Archive, 1 Kartographie, 1 Buchbinderei.

E. Statistische Abteilung.

Zimmer für den Leiter, 5—6 nicht zu kleine Räume für Assistenten, Sekretärinnen, Rechner und Schreibgehilfinnen.

F. Nachrichtenabteilung.

15—25 Räume, je nach deren Größe und nach dem Umfang des zu organisierenden Nachrichtendienstes.

G. Redaktion der Institutsschriften

3—5 Zimmer.

H. Wissenschaftliche Forschungsarbeit.

20—30 kleinere Zimmer.

I. Hausverwaltung.

Je eine Wohnung für den Kanzleivorsteher, den Hauswart und den Heizer.

K. Lehrbetrieb.

1 großer Hörsaal, 3 mittlere Hörsäle, 2 kleine Hörsäle, 1 Lese- und Arbeitssaal, 1 Zeitschriftensaal, 7 kleinere Auditorien, 6—8 Seminarräume, 10 --15 Dozentenzimmer, 1 Sprechzimmer.

Diese Übersicht zeigt, daß es sich nur um ein großes Gebäude handeln kann, für das jeder Maßstab fehlt, weil es eine Anlage, die gleichen oder ähnlichen Zwecken dient, bis heute nicht gibt.

In mühsamer Arbeit ist ein diesen Anforderungen entsprechendes Bauprojekt ausgearbeitet worden, und zwar nicht in Gestalt eines Erweiterungsbaus des jetzigen Instituts, sondern von Grund aus neu. Der hierfür erforderliche Bauplatz von mehr als 10 000 qm Größe ist dem Institut von einem Mitgliede der „Gesellschaft" geschenkt worden. Dieser Bauplatz liegt an der Peripherie der Stadt, jedoch an einer Stelle, die dem Zentrum, dem Rathaus, am nächsten gelegen ist. Die Lage ist durchaus frei. Vom ersten Stock des künftigen Gebäudes hat man den Blick über Wald auf die Kieler Förde. Die Gegend ist landschaftlich ungewöhnlich reizvoll und verbürgt alle Vorzüge eines „Garten-Instituts". Es handelt sich im Sinne des Wortes um eine wahrhaft ideale Lage, die sich bestimmt nicht in Kiel, vermutlich aber auch an keinem anderen geeigneten Orte wiederfindet. Sollte ein auch nur annähernd ähnliches Grundstück etwa in Berlin beschafft werden, so würde dies Millionen kosten.

Die Endstation der elektrischen Straßenbahn liegt unmittelbar am Bauplatz. Der Verkehr mit der Universität ist innerhalb des Akademischen Viertels herzustellen.

Eine Einzelbeschreibung des Baues würde an dieser Stelle zu weit führen. **Nur das Folgende sei hervorgehoben.**

Die einzigartige Lage des Bauplatzes stellte an den Baumeister hohe Anforderungen. Es kam darauf an, ein Gebäude zu errichten, das sich in die landschaftlichen Reize dieser Gegend harmonisch einfügt. Hierdurch war zunächst bedingt, daß der Bau nicht zu hoch ist, was sich übrigens auch im sachlichen Interesse empfiehlt. Eine langgestreckte, teilweise zurückliegende Anlage ist für den Platz die allein denkbare Lösung.

Diesen Anforderungen ist in der Weise entsprochen worden, daß das Haus aus zwei sich gegenüberliegenden Quergebäuden besteht, die in der

Mitte durch einen Längsflügel verbunden sind, an den sich nach hinten, gegenüber dem Haupteingang, der große Arbeitssaal angliedert.

Das Gebäude besteht aus Erdgeschoß, erstem Obergeschoß, zweitem Obergeschoß und drittem Obergeschoß. Die Höhen sind: 3,80 m, 4,50 m, 4,50 m, 3,80 m. Von der Erdoberfläche bis zum Dachgesims ergibt sich eine Höhe von 15,60 m. Nach hinten, wo das Gebäude abschließt, entstehen Kellerräume, in denen u. a. die Heizung untergebracht werden soll.

Die Länge des ganzen Gebäudes beträgt 100 m, die Tiefe der Flügel 60 m. Die bebaute Fläche umfaßt etwa 4500 qm, der umbaute Raum etwa 80 000 cbm.

Der Arbeitssaal wird 25 m lang und 20 m tief sein und 150 Arbeitsplätze umfassen; er hat Seiten- und Oberlicht. Der große Hörsaal ist 15 m breit und 25 m lang. Die mittleren und kleineren Hörsäle entsprechen den üblichen Dimensionen, während bei der Ausstattung der Seminarräume den geschilderten besonderen Bedürfnissen des Kieler Betriebes Rechnung getragen werden wird. Für die Bibliothek sind im nördlichen Flügel drei Geschosse bestimmt, die nach Ausnutzung der vorgesehenen Erweiterungsmöglichkeit insgesamt etwa 300000 Bücher aufnehmen können. Die Archivräume sind so bemessen, daß sie Platz für 30 000 Stahlkästen bieten. Im übrigen sei auf die schon dargelegte Raumbeschreibung verwiesen. Daß das Haus alle Einrichtungen erhalten wird, die für seine speziellen Zwecke erforderlich sind (darunter eine Rohrpostanlage), ist selbstverständlich.

Die Kosten des Baues sind nach einer früheren Berechnung mit rund drei Millionen Mark eingesetzt worden. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Betrag sich infolge der enormen Preissteigerung nicht unwesentlich erhöhen wird.

Es braucht nicht erst dargelegt zu werden, daß das ganze Projekt kaum jemals Aussicht auf Verwirklichung gehabt hätte, wenn sich nicht die „Gesellschaft" seiner angenommen haben würde. Nachdem der Leiter des Instituts dem Präsidenten die ausgearbeiteten Pläne im November 1916 vorgelegt hatte, unterbreitete er im Januar 1917 dem Verwaltungsrat der „Gesellschaft" eine ausführliche Denkschrift, auf Grund deren eine Kommission ernannt wurde, die am 11. und 12. Februar in Kiel war, um das ganze Projekt einer Prüfung zu unterziehen. Der Mitte Februar von den Herren Kommerzienrat Friedrichs in Berlin und Dr. Max Fischer in Jena erstattete Bericht möge hier wörtlich Aufnahme finden.

Jena und Berlin, Mitte Februar 1917.

Bericht.

Im Auftrage des Verwaltungsrats der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft" sind die Unterzeichneten am 11. und 12. Februar in Kiel gewesen, um das in den letzten Verwaltungsratssitzungen erörterte Projekt zur Vergrößerung des Instituts eingehend zu prüfen.

Wir besichtigten das jetzige, Schloßgarten 14 gelegene Haus und die seit kurzem in einem Gebäude am Lorentzendamm hinzugemieteten Räume. Beide Betriebe fanden wir räumlich außerordentlich beengt, so daß die ordnungsmäßige Erledigung der Arbeiten schon jetzt erschwert wird. Nur infolge der vorzüglichen Organisation, die auch unter diesen Verhältnissen eine Übersicht gestattet, wird es für eine begrenzte Zeit möglich sein, die Aufgaben des Instituts in den bisherigen Räumen zu erfüllen. Unsere Beobachtungen bestätigten die Darlegungen, die Herr Professor Harms in der letzten Verwaltungsratssitzung gemacht hat. Im übrigen haben wir von der ganzen Organisation und Tätigkeit des Instituts einen guten Eindruck erhalten. Die Gliederung des Betriebes, die Verwaltung der Bibliothek, die Durchführung der Registraturen und die sonstigen Einrichtungen gewährleisten ein planmäßiges Arbeiten und eine zuverlässige Kontrolle. Das umfangreiche Material des Instituts und die Forschungsergebnisse sind so geordnet, daß ihre Nutzbarmachung im gegebenen Falle zweckmäßig und schnell erfolgen kann. Das von Firmen und amtlichen Stellen dem Institut überlassene vertrauliche Material wird in einer Geheimabteilung aufgehoben, die unmittelbar dem Direktor untersteht.

Die nach Vergrößerung drängenden Aufgaben des Instituts sind so vielseitig, daß in absehbarer Zeit unbedingt eine erhebliche räumliche Ausdehnung ins Auge gefaßt werden muß, wenn nicht die hier wahrgenommenen Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens schwer leiden sollen. Eine bauliche Erweiterung an der jetzigen Stelle würde unzulänglich und zu kostspielig sein.

Wir besichtigten darauf den von Herrn Diederichsen in Aussicht gestellten Bauplatz. Das Terrain ist nahezu eben und fällt nur nach hinten bis zu einer Niveausenkung von 2,80 m an der tiefsten Stelle ab. Das provisorische Projekt für den Neubau sieht eine Anlage vor, die eine Front von 100 m hat. Die beiden Flügel des Gebäudes

reichen bis auf 10 m an die jetzige Straße heran. Der Baugrund wird als gut bezeichnet. Die gesamte Anlage des projektierten Baues und dessen innere Raumverteilung paßt sich nicht nur den sachlichen Bedürfnissen, sondern auch dem Gelände zweckentsprechend an, so daß auch die erwähnte Bodensenkung restlos ausgenutzt wird.

Ein gewisses Bedenken besteht in der Entfernung des Platzes vom Zentrum der Stadt, doch tritt es hinter den Vorzügen, die mit der in Aussicht genommenen Lage verbunden sind, zurück.

Die projektierte bauliche Anlage wird den Bedürfnissen des Instituts für absehbare Zeit genügen, andererseits haben wir uns davon überzeugt, daß mit Rücksicht auf Art und Wesen der Arbeiten des Kieler Instituts ein erheblicher Spielraum von vornherein unerläßlich ist. Die spätere Erweiterung ist einmal durch die Verlängerung des nach Nordwesten gelegenen Flügels und zum anderen durch die Errichtung eines besonderen Gebäudes auf dem anschließenden Gelände möglich.

Die Kosten für den Bau und die Einrichtung scheinen uns mit dem Betrage von $2^1/_2$ Millionen Mark ausreichend bemessen zu sein.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, in einer Besprechung mit den Herren H. Diederichsen, Professor Harms, Konsistorialpräsident Müller und Dr. Ahlmann den Entwurf eines Aufrufs zu beraten, der mit tunlicher Beschleunigung den Mitgliedern der Gesellschaft zuzustellen ist. Der Entwurf liegt diesem Schreiben bei. Er geht von der Voraussetzung aus, daß es wichtig ist, die benötigten Mittel noch während des Krieges aufzubringen.

M. Fischer. **H. Friedrichs.**

Der in diesem Bericht genannte Betrag von $2^1/_2$ Millionen Mark ließ den Wert des geschenkten Grundstücks außer Betracht und berücksichtigte gleichfalls nicht die bis dahin schon gezeichneten Beträge.

Im Frühjahr 1917 verschickte der Verwaltungsrat an die Mitglieder der Gesellschaft den im vorigen Abschnitt schon erwähnten Aufruf, der auch die Unterschrift des hohen Protektors trägt. Aus diesem Aufruf sei die folgende Stelle wiedergegeben:

„Wenn wir erreichen wollen, daß das Institut seine großen Aufgaben mit Erfolg durchführt, so ist von uns eine unerläßliche Vorbedingung zu erfüllen: wir müssen ihm den Rahmen geben, innerhalb dessen es das Höchstmaß der Leistungsfähigkeit zu erzielen vermag. Dringend notwendig sind zunächst ausreichende Räume und sachliche Hilfsmittel in zweck-

entsprechender Ausstattung. Hierfür ist eine große Summe erforderlich. Für den benötigten Neubau mit Einrichtung und für die Beschaffung des Sachbedarfs (Archive, Bibliothek, Statistik, Warensammlungen, Kartographie und dergleichen) müssen wir, wie sorgfältige Berechnungen ergeben haben, noch $2^1/_2$ Millionen Mark aufbringen.

„Wir wissen wohl, daß dies ein kühnes Unterfangen ist, denn groß sind die Anforderungen, die in der jetzigen schweren Zeit an jeden einzelnen herantreten; vielen hat der Krieg die Möglichkeit zu größeren Stiftungen überhaupt genommen. Dennoch haben wir die Zuversicht, daß das Werk gelingt. Der Anfang ist bereits gemacht. Ein hervorragend geeignetes Grundstück von 10 000 qm Größe ist von einem Mitgliede unserer Gesellschaft geschenkt und damit die schwierige Platzfrage überraschend günstig gelöst worden. Mehrere andere Mitglieder haben für den Neubau Beiträge in Höhe von 1000—100 000 Mark geleistet. Diesen Grundstock gilt es, noch während des Krieges auf die erforderliche Höhe zu bringen. Möglich ist es, wenn die Idee, um welche es sich handelt, Gemeingut aller unserer Mitglieder wird und jeder von uns an seinem Teil zu ihrer Verwirklichung beiträgt. Hierbei wird erwartet, daß diejenigen, welche sich während des Krieges ungeschmälerter oder gar verbesserter Einkommensverhältnisse erfreuen, sich mit entsprechenden Beiträgen beteiligen. *Ausschließen aber möge sich — sei der zu leistende Beitrag noch so klein — niemand, denn um des Grundgedankens willen soll das neue Haus aus so vielen Bausteinen bestehen, als unsere Gesellschaft Mitglieder hat!*

„Daß die Aufgabe, die wir lösen müssen, dringend und bedeutungsvoll ist, zeigen die Anstrengungen im feindlichen und neutralen Auslande, vor allem in *England*. Dort hat man längst erkannt, daß der Schlüssel des deutschen Erfolges im wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker, nicht zuletzt in der innigen Verbindung von Naturwissenschaft und Technik zu suchen ist, der die deutsche Industrie ihre glänzende Entwicklung verdankt. In heißem Bemühen sind die Engländer bestrebt, den Vorsprung, den wir auf naturwissenschaftlichem Gebiete haben, einzuholen. Institutsgründungen sind dort an der Tagesordnung, und große Mittel werden für sie bereitgestellt. Nicht Hunderttausende, sondern Millionen von Pfund werden geopfert, um dem Ziele näherzukommen. Selbst alte Englandkenner sind erstaunt, daß dem Tun auf der anderen Seite des Kanals so ausgeprägte, früher nicht für möglich gehaltene Planmäßigkeit innewohnt.

„Es soll bei dem Staunen nicht sein Bewenden haben. Sorgen wir dafür, daß wir wieder einen Schritt vorwärts tun. Erheben wir für die Zeit und die Aufgaben nach dem Kriege das Zusammenarbeiten von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis und den Willen zur wechselseitigen Befruchtung zum Grundsatz. In Verbindung mit unserem naturwissenschaftlichen und technischen Können werden wir dann den Anforderungen und Anfechtungen leichter gewachsen sein. Im Kieler Institut ist hierzu der Anfang gemacht. Wir wollen deshalb alle Kraft daran setzen, es so auszubauen, daß es in vorderster Reihe stehen kann, wenn es gilt, das deutsche Wirtschaftsleben neu aufzubauen, der Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands die Wege zu ebnen, den deutschen Anteil am Welthandel zurückzuerobern und ihn den Lebensbedingungen des deutschen Volkes entsprechend zu steigern.

„Für die Zeichnungen bitten wir unsere Mitglieder, sich der für diesen Zweck hergestellten Zeichnungsscheine zu bedienen. Sie sollen aufbewahrt werden und noch künftigen Geschlechtern Zeugnis geben vom Gemeinsinn und Opfersinn in schweren Kriegszeiten, von jener zähen Entschlossenheit, mit welcher die Träger des deutschen Wirtschaftslebens dereinst den Kampf gegen eine Welt von Feinden geführt und für künftige Teilhabe am weltwirtschaftlichen Verkehr und damit für die Aufwärtsentwicklung des deutschen Volkes die Voraussetzungen schufen. Als stumme Zeugen aus großer und schwerer Zeit sollen diese Blätter eine Mahnung sein für alle, die nach uns kommen."

Der Aufruf hatte überraschende Wirkung. Aus allen Mitgliederkreisen der „Gesellschaft" gingen die Zeichnungsscheine zahlreich ein. Was von vornherein in Aussicht genommen war, erfüllte sich in hohem Maße: nicht einige Wenige waren Stifter des neuen Hauses, sondern weit über zwölfhundert Bausteine wurden aus allen Teilen Deutschlands herbeigetragen. Auch jetzt noch vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Zeichnungsscheine im Institut einliefen. Die beigefügten Begleitschreiben bekunden überdies eine Anteilnahme an dem Werk, die für alle Beteiligten ein dankbar empfundener Ansporn ist. Zeichnungsscheine und Briefe werden künftigen Geschlechtern in der Tat Zeugnis geben von Gemeinsinn und Opfersinn, wie sie nur in Kriegszeiten entstehen können.

Ein erstes Verzeichnis der Stifter wird gleichzeitig mit dieser Schrift ausgegeben und dem Grundstein eingefügt werden. Die weiteren Verzeichnisse sollen im Schlußstein Aufnahme finden.

Insgesamt ist bis jetzt die Summe von 2½ Millionen Mark aufgebracht worden. Zahlreiche weitere Zeichnungen sind in Aussicht gestellt. Zwar hat der Wunsch, daß alle Mitglieder der „Gesellschaft" sich mit einem Baustein beteiligen, noch nicht Erfüllung gefunden, doch sind wir auf dem besten Wege dazu. An dieser Stelle sei der im Aufruf ausgesprochene Wunsch wiederholt: „Ausschließen möge sich — sei der zu leistende Beitrag noch so klein — niemand, denn um des Grundgedankens willen soll das neue Haus aus so vielen Bausteinen bestehen, als unsere Gesellschaft Mitglieder hat." Hat dieser Appell Erfolg, so wird es unschwer möglich sein, den noch fehlenden Betrag, der mit Rücksicht auf die auch nach dem Kriege zu erwartenden hohen Preise der Vorsicht halber wohl mit einer Million Mark bemessen werden muß, noch vor Kriegsende aufzubringen und darüber hinaus einen kleinen Grundstock für das in Aussicht genommene Stiftungsvermögen anzusammeln.

Im Vertrauen hierauf wird am 9. Februar d. J. zum neuen Haus der Grundstein gelegt. Noch im Kriege soll dieser Akt vollzogen werden: als ein sichtbares Zeichen unbeugsamen Willens und als Ausdruck des Bekenntnisses, das uns zusammengeführt hat: Wissenschaft und Praxis wechselseitig verbunden im Dienst an der Zukunft des deutschen Volkes.

Anlagen

I.

Grundsatzung des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft

an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Kaiser Wilhelm Stiftung.

§ 1.

Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ist anläßlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. errichtet worden.

§ 2.

Das Institut ist ein der Universität angegliedertes Forschungs- und Lehrinstitut. Es untersteht dem Königlich Preußischen Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten; seine Verwaltung erfolgt nach den für preußische Universitätsinstitute bestehenden Vorschriften und Grundsätzen.

§ 3.

Das Institut hat die folgenden Aufgaben:

A. Als Forschungsinstitut hat es die wissenschaftliche Erforschung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in ihrem gesamten Umfange zu pflegen und zu fördern. Hierbei hat es sich in enger Fühlung mit der weltwirtschaftlichen Praxis zu halten, um sowohl für seine eigene Tätigkeit die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, als auch auf die Praxis befruchtend einzuwirken.[1])

[1]) Dies geschieht u. a. in der Weise, daß das Institut Gutachten erstattet sowie an Behörden, Korporationen, Firmen und Einzelpersonen Auskünfte auf dem gesamten Gebiet des weltwirtschaftlichen Lebens erteilt.

B. Als Lehranstalt hat es die Aufgabe, die Studierenden und Hörer der Universität Kiel durch seminaristische Übungen in das Studium der Weltwirtschaftslehre einzuführen und sie gegebenenfalls für die weltwirtschaftliche Praxis vorzubereiten sowie zu wissenschaftlichen Spezialstudien anzuleiten.

§ 4.

Die geschäftliche und wissenschaftliche Leitung des Instituts liegt dem Direktor ob, der vom Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten ernannt wird.

§ 5.

Das Recht, als Dozent und Übungsleiter im Institut tätig zu sein, haben außer dem Direktor die übrigen etatsmäßig an der Universität Kiel angestellten Professoren der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften.

Mit Zustimmung des Direktors können auch Privatdozenten sowie die Professoren verwandter Fächer im Institut mit Studierenden der Universität Übungen abhalten. Das Gleiche gilt von den im Institut angestellten Assistenten, sofern sie vom Minister der geistlichen und Unterrichts Angelegenheiten zu Repetenten ernannt sind; die Übungen der Repetenten dürfen nach eingeholter Genehmigung des Direktors im Vorlesungsverzeichnis der Universität Kiel angezeigt werden.

Ist ein Vertreter der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Kiel zugleich Dozent an der Marine-Akademie, so darf er nach Zustimmung des Direktors mit den Studierenden der Marine-Akademie in den Räumen des Instituts und mit dessen Hilfsmitteln Übungen abhalten.

§ 6.

Die Mitglieder des Instituts unterscheiden sich in:

Ordentliche Mitglieder,
Lesemitglieder,
Wissenschaftliche Mitglieder,
Korrespondierende Mitglieder,
Ehrenmitglieder.

Rechte und Pflichten der Mitglieder bemessen sich nach besonderen Bestimmungen.

Als ordentliche Mitglieder gelten diejenigen Studierenden der Universität Kiel, die von einem Übungsleiter (§ 5, Abs. 1 und 2) zu

einer seminaristischen Übung zugelassen sind. Die Studierenden der Marine-Akademie (§ 5, Abs. 3) sind gleichfalls ordentliche Mitglieder mit allen Rechten und Pflichten. Die förmliche Aufnahme sämtlicher ordentlicher Mitglieder vollzieht der Direktor.

Lesemitglieder können diejenigen Studierenden und Hörer der Universität Kiel werden, die wirtschaftswissenschaftliche Vorlesungen gehört haben, an den Übungen aber mangels ausreichender Kenntnisse noch nicht teilnehmen dürfen. Desgleichen steht ehemaligen Teilnehmern an Übungen, solange sie der Universität Kiel oder der Marine-Akademie angehören, die Erwerbung der Lesemitgliedschaft offen. Auch sonstigen Studierenden und Offizieren sowie Beamten, Kaufleuten und anderen Männern des praktischen Lebens kann eine Lesekarte ausgestellt werden. Über die Zulassung von Lesemitgliedern entscheidet der Direktor.

Als wissenschaftliche Mitglieder können Personen zugelassen werden, die nach Abschluß ihres Hochschulstudiums im Auftrage oder unter Mitwirkung des Instituts auf dem Gebiete der Weltwirtschaftslehre wissenschaftlicher Forschung obliegen. Über ihre Aufnahme entscheidet der Direktor. Wollen die wissenschaftlichen Mitglieder sich an den Übungen beteiligen, so haben sie hierzu die Genehmigung der Übungsleiter einzuholen.

Zu korrespondierenden Mitgliedern des Instituts können Gelehrte und Praktiker des In- und Auslandes ernannt werden, die das Institut in seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit ständig unterstützen. Die Ernennung der korrespondierenden Mitglieder erfolgt auf einstimmigen Beschluß der im Institut wirkenden ordentlichen Professoren durch den Direktor.

Die Ehrenmitgliedschaft kann an inländische und ausländische Förderer des Instituts verliehen werden, die sich um dessen Ausbau oder Wirksamkeit in erheblichem Maße verdient gemacht haben. Die Ernennung erfolgt auf einstimmigen Beschluß der im Institut wirkenden ordentlichen Professoren nach Zustimmung des Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten durch den Direktor.

§ 7.

Mit Zustimmung des Direktors ist es in- und ausländischen Gelehrten gestattet, die wissenschaftlichen Hilfsmittel des Instituts in dessen Räumen zu benutzen.

§ 8.

Zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts ist die Stellung von Preisaufgaben zulässig. Den Preisträgern wird aus Mitteln des Instituts ein Geldbetrag überwiesen. An besonders würdige Preisträger kann außerdem eine Medaille verliehen werden. Das Verfahren richtet sich nach besonderen Bestimmungen.

§ 9.

Mitgliedern, die im Interesse der im Auftrage des Instituts auszuführenden wissenschaftlichen Arbeiten Studienreisen unternehmen, können hierzu aus Mitteln des Instituts Beihilfen gewährt werden.

§ 10.

Die Benutzung der Institutsräume, der Bibliothek und der sonstigen Hilfsmittel richtet sich nach der Haus- und Bibliotheksordnung.

Berlin, den 18. Februar 1914.

Der Minister
der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten
von Trott zu Solz.

2.

Satzung der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel (E. V.).

§ 1.

Die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel hat die Aufgabe, das anläßlich des Regierungsjubiläums Seiner Majestät Kaiser Wilhelms II. an der Universität Kiel als „Kaiser Wilhelm Stiftung" ins Leben gerufene „Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft" bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen.

§ 2.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Kiel; sie soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 3.

Wer die Mitgliedschaft der Gesellschaft erwerben will, hat dies dem Präsidenten (§ 5) schriftlich oder mündlich mitzuteilen. Über die Aufnahme entscheidet durch einfachen Mehrheitsbeschluß der Verwaltungsrat (§ 6). Die Mitgliedschaft erlischt durch schriftliche Abmeldung bei dem Präsidenten, die 3 Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres (Kalenderjahres) erfolgen muß.

§ 4.

Die Höhe des jährlichen Mitgliederbeitrages ist freiem Ermessen in der Weise anheimgestellt, daß der Mindestbeitrag 100 Mark beträgt.[1])

[1]) Die bisher gezeichneten Jahresbeiträge bewegen sich zwischen 100 und 2000 Mark.

§ 5.

Die Führung aller Geschäfte und die Vertretung der Gesellschaft nach außen liegt dem Präsidenten ob. Der Präsident ist „Vorstand" der Gesellschaft im Sinne der §§ 26 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Wahl des Präsidenten erfolgt jeweils für fünf Geschäftsjahre durch die ordentliche Mitgliederversammlung mittels einfachen Mehrheitsbeschlusses.

§ 6.

Dem Präsidenten steht ein Verwaltungsrat zur Seite, der sich mindestens aus 7, höchstens aus 30 Mitgliedern zusammensetzt, die von der ordentlichen Mitgliederversammlung durch einfachen Mehrheitsbeschluß gewählt werden. Die Wahl erfolgt jeweils für fünf Jahre.

Der Herr Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten in Preußen hat das Recht, in den Verwaltungsrat einen Vertreter zu delegieren, dem die gleichen Rechte zustehen wie den gewählten Mitgliedern des Verwaltungsrates.

Dem Verwaltungsrat liegt es ob, die in § 1 bezeichneten Aufgaben der Gesellschaft durch geeignete Erwägungen und Vorschläge zu fördern. Er hat außerdem den jeweiligen Etat der Gesellschaft aufzustellen und unter Beachtung der im § 9 aufgestellten Grundsätze über die Annahme etwaiger Stiftungen zu beschließen.

Die Sitzungen des Verwaltungsrates werden von dem Präsidenten anberaumt; mindestens einmal im Jahre findet eine Sitzung statt. Die Leitung der Sitzung steht dem Präsidenten zu.

§ 7.

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich, in der Regel im Dezember, in Kiel statt.

Abgesehen von den im Gesetz vorgesehenen Fällen können außerordentliche Mitgliederversammlungen nach Ermessen des Präsidenten stattfinden.

Die Berufung der Mitgliederversammlungen erfolgt durch den Präsidenten, und zwar mittels schriftlicher Einladung, die spätestens 14 Tage vor dem Termin der Versammlung abgeschickt werden muß.

Der ordentlichen Mitgliederversammlung ist ein Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr zu erstatten. Im Anschluß hieran hat eine all-

gemeine Aussprache zu erfolgen, die den Mitgliedern der Gesellschaft Gelegenheit gibt, in bezug auf die Tätigkeit der Gesellschaft Wünsche zu äußern und Anregungen zu geben.

Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, in welchem die Beschlüsse beurkundet werden.

§ 8.

Der Direktor des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel ist als solcher Mitglied der Gesellschaft. Er steht dem Präsidenten beratend zur Seite und hat im Verwaltungsrat und in der Mitgliederversammlung Sitz und Stimme.

§ 9.

Über die Annahme von Stiftungen, die der Gesellschaft zugewendet werden, entscheidet der Verwaltungsrat. Den Stiftern bleibt es überlassen, Bestimmungen darüber zu treffen, ob die Stiftungen den laufenden Betriebsmitteln des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft zugeführt oder als Kapital in der Weise angelegt werden sollen, daß nur der Zinsgenuß dem Institut zusteht. Alle der Gesellschaft von den Mitgliedern zugewendeten Stiftungen sind „Beiträge" im Sinne des § 4 dieser Satzungen.

§ 10.

Die von der Gesellschaft dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft überwiesenen Geldmittel sind als dem Institut gewährte laufende Beiträge anzusehen. Über ihre Verwendung entscheidet nach Maßgabe der hierfür bestehenden gesetzlichen oder ministeriellen Vorschriften ausschließlich der Direktor des Instituts.

§ 11.

Den Mitgliedern der Gesellschaft stehen die Publikationen des Instituts, mit Ausnahme des „Weltwirtschaftlichen Archivs", zur Hälfte des Ladenpreises zur Verfügung.

§ 12.

Änderungen dieser Satzungen können nur durch die ordentliche Mitgliederversammlung beschlossen werden. Diese ist nach den Bestimmungen des § 7 mit Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Die Beschlußfassung erfolgt durch eine Mehrheit von drei Vierteilen der erschienenen Mitglieder.

§ 13.

Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt, wenn in einer ordentlichen Mitgliederversammlung, die mit Angabe der Tagesordnung vier Wochen vor dem Termin der Versammlung einzuberufen ist, eine Mehrheit von drei Vierteilen sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft einen entsprechenden Beschluß faßt.

Sind in der Versammlung weniger als drei Vierteile der Mitglieder der Gesellschaft anwesend, so ist, falls der Antrag, die Gesellschaft aufzulösen, nicht zurückgezogen wird, unter Beachtung der im ersten Abschnitt des § 13 aufgestellten Bestimmungen eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese kann durch eine Mehrheit von drei Vierteilen der erschienenen Mitglieder die Auflösung beschließen.

Das Vermögen der Gesellschaft und die Stiftungsmittel gehen im Falle der Auflösung der Gesellschaft in den Besitz der Universität Kiel über. Diese hat nach Maßgabe der für die Vermögensverwaltung der Universität bestehenden Vorschriften zur Verwaltung des überwiesenen Vermögens eine Kommission einzusetzen, deren Vorsitzender der Direktor des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft ist. Der gesamte Zinsertrag des Vermögens ist dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft zu überweisen.

Protektor, Präsident und Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Protektor:

Seine Königliche Hoheit
Prinz Heinrich von Preußen.

Präsident:

H. Diederichsen, Kiel-Hamburg.

Verwaltungsrat:

Ahlmann, Ludwig, Dr., Bankier, Kiel.

Bosch, Robert, Dr.-Ing., Stuttgart.

Deutsch, Felix, Geh. Kommerzienrat, Vorsitzender des Direktoriums der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, Berlin.

Dimpker, Konsul, Präsident der Lübecker Handelskammer, Lübeck.

Eich, A., Kommerzienrat, Generaldirektor der Mannesmannröhrenwerke, Düsseldorf.

Engelhard, Emil, Geh. Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer Mannheim, Mitglied der I. Kammer der Badischen Landstände, Mannheim.

Fischer, Max, Geschäftsleiter der Carl-Zeiß Werke, Jena.

Friedrichs, H., Kommerzienrat, Vorsitzender des Bundes der Industriellen, Potsdam.

Gwinner, Arthur von, Direktor der Deutschen Bank, Mitglied des Herrenhauses, Berlin.

Harms, Bernhard, Prof. Dr., Geh. Regierungsrat. — Als Direktor des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft —, Kiel.

Harries, C. D., Prof. Dr., Geh. Reg.-Rat, Berlin.

Heineken, Philip, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

Lehmann, Bernhard, Geh. Kommerzienrat, Vorsitzender des Verbandes sächsischer Industrieller, Dresden.

Leonhardt, Gottlieb Paul, Kommerzienrat, Mitglied der Ersten Ständekammer, Dresden.

Martiny, Geheimer Baurat, Direktor der Linke-Hofmann-Werke, Breslau.

Möller, Theodor von, Exzellenz, Staatsminister, Berlin.

Müller, Otto, Dr., Konsistorialpräsident, Kurator der Universität Kiel. — Als Vertreter des Königl. Preuß. Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, Kiel.

Riedt, Otto, Dr.-Ing., Kommerzienrat, Generaldirektor der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft, Gleiwitz.

Otto, Kommerzienrat, Stuttgart.

Rasp, Carl von, K. Geheimer Rat, Generaldirektor der Bayerischen Versicherungs Bank A.-G., München.

Rieppel, Anton von, Dr. ing. et phil., Geheimer Baurat, Reichsrat der Krone Bayern, Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg, Nürnberg.

Rötger, Landrat a. D., Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Berlin.

Siegmund, Walter, Direktor, Berlin.

Schultze, Aug., Geh. Kommerzienrat, Direktor der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffs-Reederei in Oldenburg i. Gr., Hamburg.

Warburg, Max, Hamburg.

3.

Satzung des Seerechtlichen Seminars

an der Königl. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

§ 1.

Das Seerechtliche Seminar ist eine selbständige Abteilung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft. Es führt den Namen „Seerechtliches Seminar (Abteilung des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian Albrechts Universität zu Kiel — Kaiser Wilhelm Stiftung —)". Das Seminar untersteht unmittelbar dem Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

§ 2.

Das Seerechtliche Seminar hat zur Aufgabe die wissenschaftliche Pflege des den Seeverkehr beherrschenden Privatrechts, namentlich des Seehandelsrechts. Insbesondere hat es Studierende und Hörer der Universität Kiel durch Übungen über seerechtliche Materien zur Vertiefung der im Rahmen der allgemeinen juristischen Ausbildung gewonnenen Kenntnisse und zur Ergänzung der durch verwandte Studien erlangten Ausbildung nach der Seite des Seerechts hin zu führen und zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit auf diesem Gebiete anzuleiten.

§ 3.

Die Leitung des Seminars liegt dem Direktor ob, der von dem Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten ernannt wird. Die für das Seminar erworbenen Bücher und sonstigen Unterrichts- und Forschungsmittel werden Bestandteil des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

§ 4.

Mitglieder des Seminars können Studierende und Hörer der Universität Kiel werden. Die Aufnahme erfolgt durch den Direktor. Die Mitglieder des Seminars sind ordentliche Mitglieder des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft gemäß der für dieses Institut geltenden Grundsatzung.

Genehmigt durch Erlasse des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vom 18. Mai und 11. Dezember 1914.

4.

Die Veröffentlichungen des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

A.

Weltwirtschaftliches Archiv

Zeitschrift für allgemeine und spezielle Weltwirtschaftslehre.

Herausgegeben von

Prof. Dr. sc. pol. Bernhard Harms,

Direktor des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung.

Das Weltwirtschaftliche Archiv stellt sich auf streng wissenschaftlicher Grundlage, unter Ausschaltung jeglicher politischen oder ethischen Zielsetzung, in den Dienst der Weltwirtschaftslehre. Es ist eine Sammelstelle für wissenschaftliche Arbeiten und jede Art weltwirtschaftlicher Beziehungen und deren privater und staatlicher Regelung wie Förderung. Dementsprechend sucht es seine Mitarbeiter nicht nur unter den Vertretern der Wirtschaftswissenschaft, sondern wendet sich in gleicher Weise an die Vertreter der Kulturgeographie und des internationalen Rechts. Ganz besonderen Wert legt es ferner auf die Mitarbeit wissenschaftlich geschulter Praktiker.

Das Weltwirtschaftliche Archiv sucht seine Aufgabe in der Weise zu lösen, daß es sowohl der Tatsachendarstellung als auch der theoretischen Analyse und Kausalforschung seine Aufmerksamkeit zuwendet.

Dieser Doppelaufgabe entsprechend, hat das Archiv regelmäßig den folgenden Inhalt: Abhandlungen, Miszellen, Literaturanzeigen, Archivalien und eine Chronik der bedeutsamsten weltwirtschaftlichen Tatsachen. Die Abhandlungen und Miszellen erstrecken sich auf die Erforschung der weltwirt-

schaftlichen Beziehungen in ihrem gesamten Umfange, wobei die ständige Fühlungnahme mit der weltwirtschaftlichen Praxis zum Prinzip erhoben wird. Besondere Sorgfalt wird ferner der Pflege der Literaturübersichten zugewendet. Für sie sind, wie für die Archivalien, drei Sprachen (deutsch, englisch, französisch) zugelassen. Es findet aber auch die Literatur der übrigen Sprachgebiete, vor allem die italienische, spanische, skandinavische, holländische, russische und japanische eingehende Berücksichtigung.

Einen selbständigen Teil des Archivs bilden die Weltwirtschaftliche Chronik und die Archivalien. Beide sind in jeder Nummer des Archivs enthalten und weisen die folgende Gliederung auf: I. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zustandsschilderungen. II. Bevölkerungswesen, Rassenfragen, Wanderungen. III. Verkehrswesen: A. Seeverkehr, Kanal- und Flußverkehr, B. Landverkehr, C. Post, Telegraphie, Telephonie. IV. Allgemeine Übersichten über den internationalen Güteraustausch. V. Produktion, Zirkulation und Konsumtion wichtiger Welthandelsgüter. VI. Wirtschaftliche Unternehmungen und Technik des Geschäftslebens. VII. Geld-, Kredit-, Bank- und Börsenwesen, Kapitalanlagen im Auslande. VIII. Versicherungswesen. IX. Finanzwesen und Finanzpolitik. X. Konventionen, Kartelle, Trusts, Genossenschaftswesen. XI. Handelspolitik. XII. Wirtschaftliche, politische und kulturelle Expansionsbestrebungen der Staaten und Völker, einschließlich Kolonialpolitik. XIII. Weltpolitik. XIV. Privates und öffentliches Recht von wirtschaftlicher Bedeutung. XV. Nachrichten- und Zeitungswesen, wissenschaftliche Institute und Publikationen. XVI. Wirtschaftliche Interessenvertretungen, Vereine, Kongresse, Messen, Ausstellungen. XVII. Verschiedenes.

Das Weltwirtschaftliche Archiv wird von dem Gedanken geleitet, daß es nicht nur Gelehrten, sondern auch den in der weltwirtschaftlichen Praxis aktiv tätigen Kaufleuten, Industriellen und Beamten Dienste zu leisten berufen ist. Den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen versucht das Archiv in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Die seitdem ausgegebenen Hefte haben dann auch mehr oder weniger den Charakter von Kriegsheften, doch wird an der Veröffentlichung von Arbeiten, die sich nicht auf den Krieg beziehen, auch in dieser Zeit festgehalten.[1])

[1]) Das Weltwirtschaftliche Archiv, das monatlich im Umfange von 15 Bogen erscheint, wird von Gustav Fischer in Jena verlegt; es kostet jährlich 60 Mark. Den Mitgliedern der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft" geht es unentgeltlich zu. Dasselbe gilt für die nachstehend angezeigten Ergänzungshefte.

B.

Ergänzungshefte zum Weltwirtschaftlichen Archiv.

Die Sammlung enthält solche Arbeiten, die über den Umfang von Zeitschriftenaufsätzen hinausgehen, ihrem Wesen nach aber trotzdem als solche in die Erscheinung treten. Bisher sind erschienen:

1. Ergänzungsheft. **Jastrow**, a. o. Professor an der Universität Berlin, Geld und Kredit im Kriege. 1915.
2. Ergänzungsheft. **Erwin Respondek**, Berlin, Frankreichs Bank und Finanzwirtschaft im Kriege. 1917.

C.

Probleme der Weltwirtschaft.

Schriften des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung.

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms.

Diese Veröffentlichungen werden unter dem Gesichtspunkte einer allmählichen systematischen Darstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zusammengestellt und, soweit es sich um praktische Fragen handelt, durchweg von Verfassern geschrieben, die ihre Studien an Ort und Stelle in den betreffenden Gebieten der Weltwirtschaft gemacht und ihre Abhandlungen auf diese fußend verfaßt haben. Insgesamt stehen die hier erscheinenden Schriften im Dienst der Ausbildung einer allgemeinen und speziellen Weltwirtschaftslehre. Es gelangen jedoch auch solche Arbeiten zur Veröffentlichung, die sich auf das Gebiet der vergleichenden Volkswirtschaftslehre beziehen.[1])

Bisher sind die folgenden Bände erschienen:

1. **Die Stellung der Segelschiffahrt zur Weltwirtschaft und Technik.** Von Dr. William Scholz, Diplom-Ingenieur. Mit 13 Tafeln. 1910.
2. **Die Eisenerzversorgung Europas.** Von Dr. Th. Sehmer. Mit einer Karte. 1911.

[1]) Die Sammlung erscheint im Verlage von Gustav Fischer in Jena. Den Mitgliedern der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft" steht sie zur Hälfte des Ladenpreises zu.

3. **Dänemarks Stellung in der Weltwirtschaft,** unter besonderer Berücksichtigung der Handelsbeziehungen zu Deutschland, England und Skandinavien. Von Dr. K. A. Gerlach. Mit einer Karte. 1911.

4. **Der Tabakbau in Niederländisch-Indien,** seine ökonomische und kommerzielle Bedeutung, mit besonderer Berücksichtigung von Deli-Sumatra. Von Karl Leonhard Weigand, Hauptadministrator der Senembah-Maatschappij in Deli. Mit 5 Kurventafeln und 1 Karte. 1911.

5. **Vom Wirtschaftsleben der primitiven Völker,** unter besonderer Berücksichtigung der Papua von Neuguinea und der Sakai von Sumatra. Vortrag, gehalten am 10. Juli 1911 im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft zu Kiel von Dr. Max Moszkowsky. 1911.

6. **Volkswirtschaft und Weltwirtschaft.** Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre. Von Prof. Dr. Bernhard Harms. Mit 2 lithographischen Tafeln. 1912.

7. **Japanische Industriearbeit.** Eine wirtschaftswissenschaftliche und kulturhistorische Studie. Von Dr. oec. publ. E. A. Heber, Licencié ès sciences sociales. 1912.

8. **Emden und der Dortmund-Ems-Kanal,** unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für Import und Export im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet. Von Dr. Alfons Krzižan. Mit 4 Karten und 1 lithographischen Tafel. 1912.

9. **Die gleitende Skala für Getreidezölle.** Von Dr. Adolf Henningsen. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. B. Harms, Kiel. Mit 1 Tafel und 11 Kurven. 1912.

10. **Kanada.** Volkswirtschaftliche Grundlagen und weltwirtschaftliche Beziehungen. Von Dr. Anton A. Fleck, Direktorialassistent am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. Mit 1 farbigen Karte. 1912.

11. **Hafenabgaben und Schiffsvermessung.** Ein kritischer Beitrag zur Würdigung ihrer technischen, wirtschaftlichen und statistischen Bedeutung. Von Dipl.-Ing. Heinrich Herner, Oberlehrer an der Kgl. Schiff- und Maschinenbauschule, Kiel. Mit 9 Tafeln. 1912.

12. **Die Eisenbahnpolitik Frankreichs in Nordafrika** nebst einem Überblick über das Problem der Transsaharabahn. Von Dr. jur. et phil. Albert Schander, Assistent am Kgl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. Mit 4 farbigen Karten. 1913.

13. **Seezollverwaltung und Handelsstatistik in China.** Von Dr. Wilhelm von Kries, Assistent in der Seezollverwaltung Chinas. Mit 2 Tabellen. 1913.

14. **American Shipping.** Its History and Economic Conditions. By Hans Keiler, Assistent am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Kiel. 1913.

15. **Kopraproduktion und Koprahandel.** Von Dr. Max Birk. 1913.

16. **Die Handelsbeziehungen Italiens, vornehmlich zu den Mittelmeerländern.** Dargestellt auf wirtschaftsgeographisch-politischer Grundlage von Dr. Robert Zublin, Assistent am Kgl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Mit 1 Karte. 1913.

17. **Grundlagen und Ursachen der industriellen Entwicklung Ungarns** — nebst einem Anhang über die wirtschaftswissenschaftliche Literatur Ungarns. Von Dr. jur. et phil. Wilh. Offergeld. Mit 64 Tabellen und 13 graphischen Darstellungen. 1914.

18. **Die Bilanz der internationalen Wertübertragungen.** Eine Studie über die Zahlungsbilanz und die ausländische Kapitalanlage der Schweiz. Von Dr. Walter Zollinger, Winterthur. 1914.

19. **Das Absatzgebiet der schlesischen Kohle.** Von H. v. Kulmiz. Mit 5 Tafeln und 6 Karten. 1914.

20. **Der Elbe-Trave-Kanal.** Von Dr. Emil Hammermann. Mit 1 Karte. 1914.

21. **Die Niederländisch-Indischen Kulturbanken.** Von Emil Helfferich, Hamburg. 1914.

22. **Norwegens Volkswirtschaft vom Ausgang der Hansaperiode bis zur Gegenwart, mit besonderer Berücksichtigung der internationalen Handelsbeziehungen.** Von Dr. Ewald Bosse, Kristiania. 1916.

23. **Die Idee der Universalökonomie in der französischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bis auf Turgot.** Von Dr. Overfohren. 1915.

24. **Die rechtliche Behandlung des Rabattversprechens nach dem System der zurückgestellten Rabatte (System of Deferred Rebates) der Verbände in der Seeschiffahrt.** Von Dr. jur. Max Deckinger. 1915.

25. **Über den Ursprung der ersten Metalle, der See- und Sumpferzverhüttung, der Bergwerksindustrie und ihrer ältesten Organisation in Schweden.** Eine prähistorisch- und historisch-ökonomische Abhandlung. Von Carl Max Maedge, Dr. der Staatswissenschaften, Syndikus der Handelskammer Flensburg. 1916.

26. **Innere Kolonisation in Neuseeland.** Von Assessor Dr. rer. pol. W. Plugge. 1916.

27. **Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen im Rahmen der Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart.** Von Dr. J. Pentmann, Basel. 1917.

28. **Weltwirtschaftliche Beziehungen der sächsischen Industrie.** Von Dr. jur. Erich Benndorf. 1917.

D.

Kriegswirtschaftliche Untersuchungen

aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Herausgegeben

von Prof. Dr. Bernhard Harms.

Diese Sammlung erscheint nur während des Krieges. Sie bringt insonderheit solche Arbeiten, die die Darstellung des internationalen Wirtschaftslebens unter dem Einfluß des Krieges zum Gegenstand haben. Außerdem enthält sie Untersuchungen über das wirtschaftliche, finanzielle und soziale Leben in den kriegführenden und neutralen Ländern. Auch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Gegner Deutschlands und die Bestrebungen zur Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt finden Beachtung. Die Arbeiten entstehen entweder unmittelbar im Institut oder sie werden auf dessen Anregung und unter seiner Mitwirkung von auswärtigen Mitarbeitern durchgeführt. Die Sammlung enthält auch Übersetzungen wichtiger kriegswirtschaftlicher Untersuchungen aus dem feindlichen und neutralen Ausland.[1])

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

Erstes Heft:

Der Einfluß des Krieges auf den Londoner Geldmarkt.
Von Dr. Theodor Plaut, Assistent am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. 1915.

Zweites Heft:

Die Pan-Amerikanische Finanzkonferenz vom 24.—29. Mai 1915.
Von Dr. Johannes Pfitzner, Privatdozent an der Universität Gießen, z. Zt. Kiel. 1915.

Drittes Heft:

Die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika während des ersten Kriegsjahres 1914/15.
Von Ludwig W. Schmidt, New York. 1915.

Viertes Heft:

Die nordamerikanischen Interessen in Südamerika vor dem Krieg.
Von Dr. Hermann A. L. Lufft, New York. 1916.

[1]) Die Sammlung erscheint im Verlage von Gustav Fischer in Jena. Den Mitgliedern der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft" geht sie unentgeltlich zu.

Fünftes Heft:

Französische Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels.
Von Dr. Ernst Oberfohren, Wissenschaftl. Mitglied des Kgl. Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. 1916.

Sechstes Heft:

Die Wirkung des Krieges auf den überseeischen Handel Englands.
Von J. Rosenbaum, M. Sc., Royal Statistical Society, London. Übersetzt und bearbeitet im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. 1916.

Siebentes Heft:

Beiträge zur Lage der chemischen, insbesondere der Farbstoff-Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika.
Von Dr. Johannes Pfitzner, Privatdozent an der Universität Gießen, z. Zt. Kiel. 1916.

Achtes Heft:

Die internationale Schiffsraumnot. Ihre Ursachen und Wirkungen.
Von Dr. Oscar Wingen. 1916.

Neuntes Heft:

Deutsche und englische Industrie auf dem Weltmarkte. Eine handelsstatistische Untersuchung über das Jahr 1913.
Von Rudolph Barmm. Mit 3 Abbildungen im Text. 1916.

Zehntes Heft:

Bericht über die dringende Notwendigkeit, in den deutschen und österreichisch-ungarischen Absatzgebieten Fuß zu fassen, nebst Angabe einiger Heilmittel, unseren Export nach dort zu erweitern.
Von Arien Artaud, Präsident der Handelskammer Marseille. Übersetzt im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. 1916.

Elftes Heft:

Literatur zur Frage der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung.
Von Dr. Karl Landauer, Assistent am Kgl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. 1916.

Zwölftes Heft:

Die niederländische Übersee-Trust-Gesellschaft (Nederlandsche Overzee Trust Maatschappij).
Von Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Geh. Regierungsrat. 1916

Dreizehntes Heft:

Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916 und die ihr voraufgegangenen gemeinsamen Beratungen der Ententestaaten über den Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte.
Von Friedrich Kahl, Wissenschaftl. Mitarbeiter am Kgl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. 1917.

Vierzehntes Heft:

Der Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarf Englands.

Von Dr. Curth, Wissenschaftl. Hilfsarbeiter am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. 1917.

Fünfzehntes Heft (unter der Presse):

Die Denkschrift der englischen Kommission von 1905 über die Lebensmittelversorgung Großbritanniens.

Übersetzt von Käthe Bruns. Bearbeitet von Dr. Hans Wehberg und E. Schuster, Wissenschaftl. Hilfsarbeitern am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Weitere Hefte in Vorbereitung.

E.

Handelskrieg und Wirtschaftsexpansion.

Überblick über die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens.

Von Dr.-Ing. Dr. Waldemar Koch, z. Zt. stellvertr. Direktor des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung.

F.

Der Wirtschaftskrieg.

Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens.

Herausgegeben vom Königlichen Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung.

Erste Abteilung: England. — Zweite Abteilung: Rußland. — Dritte Abteilung: Japan. — In Vorbereitung: Vierte Abteilung: Italien. — Fünfte Abteilung: Frankreich. — Sechste Abteilung: Portugal. — Siebente Abteilung: Amerika.

G.

Weltwirtschaftliche Nachrichten

aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel.

Die „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" werden dreimal wöchentlich ausgegeben; sie berichten auf Grund ausländischer Quellen über wirtschaftliche Verhältnisse und Ereignisse; während des Krieges beobachten sie vor allem den Wirtschafts- und Handelskrieg. Die Nachrichten sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Den Mitgliedern der „Gesellschaft" gehen sie regelmäßig und unentgeltlich zu.

5.

Literatur über das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft.

Das Staatswissenschaftliche Institut an der Universität Kiel. Unter besonderer Berücksichtigung seiner „Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft". Rede, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 24. Februar 1911 von Professor Dr. Bernhard Harms. Verlag von Gustav Fischer in Jena. 1911.

Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung. Festsitzung anläßlich der Eröffnungsfeier am 20. Februar 1914. Verlag von Gustav Fischer in Jena. 1914.

Institutsordnung für das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung. Kiel 1914. (Nicht im Buchhandel.)

Zur Wiederanknüpfung und Pflege der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands. Von Professor Dr. Bernhard Harms. Kiel 1915. (Nicht im Buchhandel.)

Bericht über das erste und zweite Geschäftsjahr der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm Stiftung (E. V.)", erstattet in der ordentlichen Mitgliederversammlung am 29. Januar 1915 vom Präsidenten H. Diederichsen. Kiel 1915. (Nicht im Buchhandel.

Die Zukunft der Weltwirtschaft. Vortrag, gehalten am 27. Oktober 1916 in der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel von Professor Dr. Bernhard Harms. Kiel 1916. (Nicht im Buchhandel.)

Broschek & Co
Hamburg

566837
EdU
Kiel
H
Kiel. Universität. Institut für Weltwirtschaft
Harms, Bernhard
Das Königliche Institut für Seeverkehr und

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET